



Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik
Duesseldorf Institute for Foreign and Security Policy

Cornelia Frank

Polnische Sicherheitspolitik
in der Transformation

DIAS ANALYSE
Nr. 17 Oktober 2005

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Cornelia Frank

ist Direktorin für Krieg und Post-Conflict Policing am Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Regensburg und wissenschaftliche Redakteurin des Reader Sicherheitspolitik (www.reader-sipo.de). Tätig war sie u.a. am Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau und an der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung an der Universität Hamburg. Studiert hat sie Politikwissenschaft, Osteuropa- und Lateinamerikastudien, Soziologie sowie Ethnologie in Hamburg, Krakau, Frankfurt a.M. und Sevilla. Ihre Forschungsschwerpunkte sind polnische Außen- und Sicherheitspolitik, europäische Sicherheitspolitik sowie Konfliktforschung.

Cornelia Frank erreichen Sie über cornelia.frank@politik.uni-regensburg.de

Cornelia Frank

Polnische Sicherheitspolitik in der Transformation. DIAS-Analyse Nr. 17, Düsseldorf, 2005

Herausgeber

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.

Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität

Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2005, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Inhaltsverzeichnis

ABC polnischer Sicherheitspolitik	4
Sicherheitspolitische Denkmuster, Leitsätze, Praktiken	6
Belagerungsmentalität bewirkt Maxime nationaler Sicherheit	6
Bann des „geopolitischen Fluchs“ durch Westintegration	7
Verschwörungskomplex nährt Skepsis gegenüber Europa	8
Transatlantische Bindung als polnische Versicherungspolice	9
Regionalmacht beansprucht Boden auf dem europäischen Parkett	10
Warschau Position zur ESVP	12
Polens Skepsis gegenüber der ESVP	12
Polens Ansprüche an die ESVP	13
Entwicklungsperspektiven der ESVP aus polnischer Sicht	15
Polens Irak-Politik	20
Positionierung Warschau in der Irak-Frage	20
Polens Engagement im Irak	21
Interessen polnischer Irak-Politik	22
Bilanzierung polnischer Irak-Politik	23
Polens Rollenprofil in der Transformation: Vom Sicherheitskonsumenten zum Sicherheitsproduzenten?	25
(In)Kompatibilität sicherheitspolitischer Denkmuster	25
Streitkräftereform Polens auf dem Prüfstand	26
Polen als EU-Mitglied – vom europäischen Atlantiker zum europäisierten Europäer?	28

ABC polnischer Sicherheitspolitik

An outside observer not well-informed about underlying causes, might even come to believe that Poland overexaggerates national security in its foreign policy. The gravity and determination with which Poland faced the issue of her security have not always been correctly understood abroad. Polish striving -conceivable from the vantagepoint of historical experience- have frequently become the object of misunderstandings, malicious criticism, current political games or counteractions.¹

Mit seinem Verweis auf die sicherheitspolitische Wirkungsmacht des historischen Erbes repräsentiert Roman Kuźniar den Konsens sicherheitspolitischer Forschung über die III. Republik Polen. Auch die Kritik am mangelnden Verständnis, das „ausländische Beobachter“ der polnischen Sicherheitspolitik entgegenbrachten, ist Gemeinplatz polnischer Publikationen. Im Zusammenhang mit der polnischen Irak-Politik und Warschaws Position zur ESVP kumulierten die angeführten Missverständnisse und verbalen Attacken. Seine besondere Loyalität gegenüber Washington stellte Polen durch seine Irak-Politik erneut unter Beweis. Der in westeuropäischen Ländern gehegte Verdacht eines bedingungslosen Pro-Amerikanismus nährte sich aus zwei weiteren Quellen: Zum einen entschied Warschau im Dezember 2002, die polnischen Luftstreitkräfte mit US-Kampfflugzeugen auszustatten. Zum anderen positionierten sich die polnischen Entscheidungsträger gegenüber der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Einklang mit Washington. Unter diesem Eindruck argumentierten etliche westeuropäische Beobachter, Polen sei ein Einfallstor für die amerikanischen Vorstellungen von der europäischen Sicherheitspolitik. Neben dem ohnehin schon überstrapazierten Stereotyp Polens als einem trojanischen Pferd der USA in Europa bemühten westeuropäische Gazetten gar Vergleiche mit einem „trojanischen Esel“ oder „Verräter Europas“. Dagegen erhob das linksliberale Blatt *Gazeta Wyborcza* entschieden Einspruch: „Polen ist kein trojanisches Pferd der USA in Europa“. Angesichts dieser divergierenden Selbst- und Fremdwahrnehmung stellt sich die Frage, welcher Kenntnisse der „ausländische Beobachter“ bedarf, um die polnische Sicherheitspolitik zu »verstehen«.

Verstanden werden kann die polnische Sicherheitspolitik nur, wenn die Sinnwelt der sicherheitspolitischen Entscheidungsträger als Ausgangspunkt genommen wird. Entscheidend ist, „how the policy-maker imagines the milieu to be, not how it actually is“.² Denn der sicherheitspolitische Akteur befindet darüber, welche Umweltbedingungen handlungskonstitutiv werden. Wenn die polnische Regierung sich vorstellt, dass die ESVP die nationalen Sicherheitsinteressen konterkariert und dann von dieser Situationsdefinition ausgehend handelt, dann sind die Folgen dieses Handelns real, wie unreal auch immer die Situationsdefinition war.³ Es gibt eine Sinnwelt, in der sicherheitspolitische Akteure wie die polnische Regierung handeln. Um Akteurshandeln wie jenes der polnischen Regierung zu »verstehen«, muss man ihre Sinnwelt »verstehen«. Um die

¹ Roman Kuźniar, „Introduction“, in Roman Kuźniar (Hrsg.), *Poland's Security Policy 1989-2000*, (Warschau: Scholar Publishing House, 2001), S. 13-17, hier S. 16.

² Harold and Margaret Sprout, „Environmental factors in the study of international politics“, *Journal of Conflict Resolution* 1 (1957), S. 309-328, hier S. 328.

³ Diese Argumentation erfolgt in Anlehnung an das Thomas-Theorem der Sozialwissenschaften. Ausführliche Begründung eines akteurtheoretischen Sicherheitsbegriffs bei Cornelia Frank, *Polnische Sicherheitspolitik: Warschaws Position zur ESVP. Eine gesellschaftstheoretische Annäherung* (Hamburg: Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, Universität Hamburg, 2003), S. 9-13 <<http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/publ/ap2-03.pdf>> (Zugriff: 5. März 2005).

Sinnwelt zu »verstehen«, bedarf es einer verstehenden Sicherheitspolitik. Das Konzept verstehende Sicherheitspolitik greift in methodischer Hinsicht auf den Ansatz der verstehenden Soziologie von Max Weber zurück. Soziologisches »verstehen« als Methode bedeutet für Weber ausdrücklich nicht intuitives Nachempfinden, sondern stets die Verbindung von »verstehen« und »kausaler Erklärung«. ⁴ Sicherheitspolitisches Handeln als soziales Handeln begreifend, will die verstehende Sicherheitspolitik in Anknüpfung an Weber sicherheitspolitisches Handeln „deutend verstehen und dadurch in seinem Ablauf und seinen Wirkungen ursächlich erklären“. ⁵ Um sicherheitspolitisches Handeln wie Warschaus Position zur ESVP oder die polnische Irak-Politik im Sinne Webers zu »verstehen«, ist die Kenntnis der historisch-bedingten, soziokulturell vermittelten Denkmuster der sicherheitspolitischen Elite Polens unabdingbar. Hinsichtlich der Vorgehensweise folgt die verstehende Sicherheitspolitik einem Dreischritt-Verfahren. Zunächst werden die historisch-bedingten, soziokulturell vermittelten Denkmuster erschlossen. Darauf folgend zeigt die verstehende Sicherheitspolitik, wie sich diese Denkmuster in sicherheitspolitischen Leitsätze niederschlagen. Diese wiederum bedingen relativ unmittelbar bestimmte sicherheitspolitische Praktiken.

Veranschaulichen lässt sich diese Triade am Beispiel der starken atlantischen Ausrichtung polnischer Sicherheitspolitik, die wiederholt Kristallisationspunkt für Missverständnisse und verbale Attacken unter den euro-atlantischen Verbündeten war. Aufgrund der historisch-traumatischen, wiederholten Erfahrung, die nationale Sicherheit nicht aus eigener Kraft gewährleisten zu können, dominiert in der polnischen Elite ein spezifisches Sicherheitsverständnis, wonach „Sicherheit etwas zum Nehmen, nicht zum Geben“ ⁶ ist. Seinen Niederschlag findet das Denkmuster *Sicherheitskonsument* in dem sicherheitspolitischen Leitsatz *Primat der transatlantischen Bindung*. Denn aus polnischer Warte gelten nur die USA als glaubwürdiger Sicherheitslieferant. Dieser Leitsatz polnischer Sicherheitspolitik bedingt die sicherheitspolitischen Praktiken einer engen Anbindung an die USA und den Schulterchluss mit Washington in zentralen Fragen internationaler Sicherheit wie ESVP oder Irak.

Voraussetzung für die langfristige Verwirklichung der sicherheitspolitischen Leitsätze ist die Transformation Polens vom Sicherheitskonsumenten zum Sicherheitsproduzenten. So wird Polens Rolle auf dem europäischen und internationalen Parkett davon abhängen, ob es sich weiterhin vom Sicherheitskonsumenten zum Sicherheitsproduzenten transformieren kann. Deutlich wird die Transformationsproblematik insbesondere in den beiden Praxisfällen ESVP und Irak. Darüber hinaus liegt die Fallauswahl darin begründet, dass anhand von Warschaus Position zur ESVP und der polnischen Irakpolitik besonders plastisch gezeigt werden kann, wie historisch-bedingte, soziokulturell vermittelte Denkmuster sich in sicherheitspolitischen Leitsätzen niederschlagen und diese wiederum unmittelbar sicherheitspolitische Praktiken bedingen.

Die beiden paradigmatischen Praxisfälle ESVP und Irak werden ausgehend von der Triade polnischer Sicherheitspolitik analysiert. ⁷ Die Analyse von Warschaus Position zur ESVP und dem polnischen Engagement im Irak zielt darauf ab, die sicherheitspolitischen Praktiken der pol-

⁴ Max Weber, „Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie“, in Johannes Winkelmann (Hrsg.), *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber*, (Tübingen: J.C.B. Mohr, 3. Auflage, 1968), S. 427-474, hier S. 428 und S. 437.

⁵ Max Weber, „Soziologische Grundbegriffe“, in Johannes Winkelmann (Hrsg.), *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber*, (Tübingen: J.C.B. Mohr, 3. Auflage, 1968), S. 541-581, hier S. 542.

⁶ Olaf Osica, „Polska wobec wspólnej polityki zagranicznej i bezpieczeństwa UE (Polen gegenüber der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU)“, in Marek A. Cichocki (Hrsg.), *Polska – Unia Europejska: W pół drogi. Wybrane problemy (Polen auf dem halben Weg in die Europäische Union. Ausgewählte Probleme)* (Warschau: Fundacja Centrum Stosunków Międzynarodowych, 2002), S. 67-88, hier S. 83.

⁷ Vgl. die Triade polnischer Sicherheitspolitik im Überblick auf S. 30.

nischen Elite im Sinne Webers zu »verstehen«. Darüber hinaus sollen anhand dieser beiden Praxisfälle die Schwachstellen polnischer Sicherheitspolitik herausgearbeitet werden. Bezugspunkt sind hierbei die sicherheitspolitischen Rollenmodelle *Sicherheitskonsument* und *Sicherheitsproduzent*. Das Rollenmodell setzt sich aus Denkmustern, Leitsätzen und Praktiken zusammen. Innerhalb des Kontinuums zwischen dem Rollenverständnis eines *Sicherheitskonsumenten* und jenem eines *Sicherheitsproduzenten* gibt es Rollenkonflikte. Diese entstehen zum Beispiel dann, wenn die verbale Ebene und die operative Ebene auseinander klaffen, d.h. die Praktiken nicht den Diskursen entsprechen, wie dies etwa bei der Streitkräftereform Polens der Fall ist.

Sicherheitspolitische Denkmuster, Leitsätze, Praktiken

Die Kenntnis der historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Denkmuster der sicherheitspolitischen Elite Polens ist unabdingbar, um ihr sicherheitspolitisches Handeln im Sinne Webers zu »verstehen«. Zu erkennen sind die sicherheitspolitischen Denkmuster nur in ihrem historischen Entstehungszusammenhang. Als zentrale Denkfiguren schlagen sie sich in sicherheitspolitischen Leitsätzen nieder. Diese wiederum bedingen relativ unmittelbar bestimmte sicherheitspolitische Praktiken. Um die sicherheitspolitischen Denkmuster und Leitsätze zu erschließen, müssen die Äußerungen polnischer Akteure untersucht werden. In sicherheitspolitischen Publikationen, Dokumenten und Stellungnahmen tauchen wiederholt Motive aus, die sich idealtypisch verdichten lassen (Abbildung 1).

Belagerungsmentalität bewirkt Maxime nationaler Sicherheit

*The sieges continues for so long a time the enemies have to change
they have nothing in common but the desire to annihilate us
when some hordes depart others immediately appear
Goths Tatars Swedes imperial legion.⁸*

Einen prägenden Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses der polnischen Gesellschaft bildet ihr Jahrhunderte langer Kampf ums Überleben: Der nationale Notstand wurde zum Normalzustand und ließ eine „Mentalität der belagerten Festung“⁹ entstehen. Tief verankert im kollektiven Gedächtnis sind die drei Teilungen des polnischen Staatsgebiets. Im Zuge der dritten Teilung wurde die Königliche Republik 1795 vollständig zwischen Preußen, Russland und Österreich-Ungarn aufgeteilt. Ergebnis war, dass der polnische Staat für 123 Jahre von der Landkarte Europas verschwand. Jener Verlust der Staatlichkeit bedeutete die schwerste Zäsur in der polnischen Geschichte. Lebten doch mehrere Generationen unter den Teilungen.¹⁰ Verstärkt wurde das Denkmuster *Belagerungsmentalität* vom erneuten Verlust der Eigenstaatlichkeit durch Besatzung und Terror im Zweiten Weltkrieg. Gemäß dem ehemaligen polnischen Außenminister Władysław Bartoszewski, erschütterte „das Gefühl der eigenen Kraftlosigkeit gegenüber der Herrschaft des

⁸ Zbigniew Herbert, zit. nach Adrian Hyde-Price, *The international politics of East Central Europe* (Manchester: Manchester University Press, 1996), hier S. 223.

⁹ Janusz Reiter, „Wieviel Nationalgefühl braucht ein Volk?“, in Ewa Kobylińska, Andreas Lawaty, Rüdiger Stephan (Hrsg.), *Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe* (München: Piper, 1992), S. 381-386, hier S. 382.

¹⁰ Janusz Tazbir, „Sarmackie anioły? (Sarmante Engel?)“, *Polityka* vom 25. November 1995.

Grauens [...] die polnische Gesellschaft von Grund auf¹¹ Nach dem Zweiten Weltkrieg folgten Grenzverschiebung und territoriale Verluste. Während der Eingliederung in den Ostblock lebte die polnische Gesellschaft dem ehemaligen Verteidigungsminister Janusz Onyszkiewicz zufolge im „shadow of soviet tanks“¹²

Aus den historischen Erfahrungen der permanenten Belagerung resultiert ein stark ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis. Darauf ist der Leitsatz *Maxime nationaler Sicherheit* in der polnischen Außenpolitik zurückzuführen. Dieser Leitsatz bedingt sicherheitspolitische Praktiken, die darauf abzielen, die Handlungsfähigkeit und eigenen Ressourcen zu stärken. Als zentrale Herausforderung für die Gewährleistung nationaler Sicherheit wird die geographische Lage Polens an der Peripherie des euro-atlantischen Sicherheitsfeldes und der daran haftende „geopolitische Fluch“¹³ betrachtet.

Bann des „geopolitischen Fluchs“ durch Westintegration

Schön ist die Wohnung, die unsere Ahnen sich ausgesucht, die edlen Polanen. Viel Raum und Sonne, ein Guckloch hinaus und fließendes Wasser -die Weichsel- im Haus. Doch, wie die Mieter immer sagen, leider nicht eine der besten Lagen.¹⁴

Aus der geographischen Lage des polnischen Staates zwischen stärkeren und expansionistischen Mächten resultierten Bedrohungen der nationalen Sicherheit. In Polen lebe man „wie in einem offenen Türrahmen“¹⁵, durch den Jahrhunderte lang ein Durchzug kämpferischer Armeen zwischen Ost und West herrschte. Der Erfahrung, dass Polen die Situiertheit in einer sicherheitspolitischen Pufferzone stets zum Verhängnis wurde, entspringt das Denkmuster *geopolitischer Fluch*. Seinen Niederschlag findet dieses Denkmuster in dem sicherheitspolitischen Leitsatz *Nie mehr dazwischen*. Für einen außenstehenden Beobachter mag jener Verbleib im militärstrategischen Niemandsland freilich wie eine längst überholte Geschichte aus alten Zeiten klingen. Doch wird bei solch einer Einschätzung verkannt, dass die historisch-traumatischen Erfahrungen von einer Generation zur anderen weitergegeben und verinnerlicht worden sind – auch von den gegenwärtigen politischen Entscheidungsträgern.¹⁶ Diese sprachen sich Anfang der 90er Jahre parteiübergreifend für eine „geopolitische Westverschiebung“¹⁷ aus.

¹¹ Władysław Bartoszewski, „Anstelle eines Vorwortes: Aus der Geschichte lernen?“ in Eva Feldmann (2000), *Polen: „Für Eure und unsere Freiheit“. Zum Verständnis der polnischen Gesellschaft, Kultur und Identität* (Frankfurt a.M.: IKO-Verlag für interkulturelle Kommunikation), S. 7-14, hier S. 10.

¹² Janusz Onyszkiewicz, „The Polish View on the Common Security and Defense Policy“, in Werner Hoyer, Gerd F. Kaldrack (Hrsg.), *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten Streitkräften?* (Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2002), S. 215-222, hier S. 215.

¹³ Jerzy Maćków, *Die Konstruktion politischer Stabilität. Polen und Russland in den Umbrüchen der achtziger und neunziger Jahre* (Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1998), hier S. 119.

¹⁴ Antoni Marianowicz, zit. nach Thomas Urban, *Polen* (München: Verlag CH Beck, 1992), hier S. 84.

¹⁵ Jerzy Liebert, zit. nach Janusz Tycner, „Die Osterweiterung der Europäischen Union – Deutsche Ängste und polnische Hoffnungen“, in *Deutsche Studien* 1/1999, S. 61-68, hier S. 63.

¹⁶ In methodischer Hinsicht ist dafür das Konzept des sozialen Habitus zentral. Als ein erworbenes System von Erzeugungsmustern gewährleistet der Habitus die aktive Präsenz früherer Erfahrungen, die sich in jedem Organismus in Gestalt von Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata niederschlagen. Ausführlich dazu Cornelia Frank, *Polnische Sicherheitspolitik: Warschaus Position zur ESVP. Eine gesellschaftstheoretische Annäherung*, S. 9-13.

¹⁷ Der mit Blick auf die tschechische Sicherheitspolitik geprägte Terminus der „geopolitischen Westverschiebung“ war auch in der polnischen Sicherheitsdebatte das bestimmende Motiv. Pavel Seifter, Vladimír Havel, „Die Sicherheitspolitik der Tschechischen Republik“, in August Pradetto (Hrsg.), *Ostmitteleuropa, Russland und die Oster-*

Der Leitsatz *Nie mehr dazwischen* hat die sicherheitspolitische Praktik einer konsequenten Westintegration bedingt. Gestützt auf einen breiten Konsens innerhalb der sicherheitspolitischen Elite, der Streitkräfte und der Bevölkerung haben die mitunter im Jahrestakt wechselnden polnischen Regierungen kontinuierlich daran gearbeitet, den geopolitischen Fluch durch die Integration in die euro-atlantischen Sicherheitsinstitutionen zu bannen. Eng verbunden mit der Fixierung auf die Situiertheit in einem Sicherheitsvakuum ist das innerhalb der sicherheitspolitischen Klasse Polens dominierende militärische Sicherheitsverständnis. Wenngleich in einschlägigen Dokumenten polnischer Sicherheitspolitik stets auf einen erweiterten Sicherheitsbegriff sowie die Bedeutung nichtmilitärischer Sicherheitsrisiken verwiesen wird, prägt die vereinfachte Gleichung *Sicherheit = territoriale Verteidigung* noch immer das sicherheitspolitische Denken breiter Kreise der polnischen Entscheidungsträger. Begründet liegt dies in der wiederholten Erfahrung, militärischen Bedrohungen ausgesetzt worden zu sein, auch von Staaten, mit denen sich Polen verbündet glaubte.

Verschwörungskomplex nährt Skepsis gegenüber Europa

A source of our problems and indirectly our European partners' is a chronic distrust of the world behind which lies a betrayal complex compounded of September 1939, Yalta and Tehera.¹⁸

Aus dem Verlust der Eigenstaatlichkeit infolge des Hitler-Stalin-Pakts sowie der Erfahrung, dass Großbritannien und Frankreich ihre vor dem Zweiten Weltkrieg gewährten formellen Sicherheitsgarantien spätestens durch die Überlassung der polnischen Souveränität an den Verhandlungstischen der Anti-Hitler-Koalition in Jalta und Potsdam geopfert haben, ist ein „Verschwörungskomplex“¹⁹ entstanden. Dieser nährt das Misstrauen breiter Kreise der polnischen Elite gegenüber Westeuropa in Fragen europäischer und damit polnischer Sicherheit. Verstärkt wurde dieser Verschwörungskomplex durch die Haltung westeuropäischer Entscheidungsträger, insbesondere jene der bundesdeutschen politischen Klasse gegenüber dem Kriegszustand in Polen und der polnischen Freiheitsbewegung *Solidarność* in den 80er Jahren: Deren Inhaftierte stellten sich die Frage „auf wessen Rücken diese deutsche Ostpolitik gerettet werden sollte“.²⁰ Der Vertrauensverlust, der durch die Missachtung des antikommunistischen Widerstands in Polen erzeugt wurde, „saß bei den nicht-kommunistischen Polen sehr tief“.²¹ Aus deren Reihen stammen maßgebliche sicherheitspolitische Entscheidungsträger, wie etwa der ehemalige polnische Präsident Lech Wałęsa, der ehemalige polnische Außenminister Bronisław Geremek oder der ehemalige polnische Verteidigungsminister Janusz Onyszkiewicz. Aus der wiederholten Degradierung Po-

weiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997), S. 43-76, hier S. 75.

¹⁸ Olaf Osica, „The Past as an Excuse“: The Role of History in Polish Security Policy“, in *Foundation of International Studies* (Hrsg.), *Yearbook of Polish Foreign Policy* (Warschau: Akademia Dyplomatyczna MSZ, 2002) <<http://www.qdnet.pl/warecka/yearbook/2002/2002.html>> (Zugriff: 27.11.2002).

¹⁹ Olaf Osica, Marcin Zaborowski, „Wprowadzenie (Einführung)“, in Olaf Osica, Marcin Zaborowski (Hrsg.), *Nowy członek „starego“ Sojuszu. Polska jako nowy aktor w euroatlantycznej polityce bezpieczeństwa (Neues Mitglied eines „alten“ Bündnisses. Polen als neuer Akteur in der euroatlantischen Sicherheitspolitik)* (Warschau: Centrum Stosunków Międzynarodowych, 2002), S. 9-23, hier S. 14.

²⁰ Kazimierz Woycicki, zit. nach Jerzy Maćków, „Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Entwicklung in Polen in den siebziger und achtziger Jahren“, in *Zeitschrift für Politik* 4/1993, S. 372-392, hier S. 386.

²¹ Jerzy Maćków, „Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Entwicklung in Polen in den siebziger und achtziger Jahren“, hier S. 389.

lens als „a victim and a hostage of the stability of successive international orders“²² entspringt das Denkmuster *Verschwörungskomplex*.

Seinen Niederschlag findet dieses Denkmuster in dem sicherheitspolitischen Leitsatz *Kein Opfer fremder Entscheidungen*. Dadurch wird die sicherheitspolitische Praktik einer aktiven, breit angelegten Sicherheitspolitik bedingt, die sich in vielfältigen sicherheitsinstitutionellen Zusammenhängen und Akteurskonstellationen um eine größtmögliche Partizipation an sicherheitspolitischen Entscheidungsprozessen und der Gestaltung eines kooperativen sicherheitspolitischen Umfeldes in Europa bemüht hat. Darüber hinaus verstärkt die Skepsis gegenüber Westeuropa in Sicherheitsfragen, die innerhalb der polnischen Elite weit verbreitet ist, die atlantische Ausrichtung polnischer Sicherheitspolitik.

Transatlantische Bindung als polnische Versicherungspolice

*In jedem Land klingt die Frage Hamlets anders.*²³

Mit der Frage von Sein oder Nichtsein sah sich die polnische Gesellschaft im Laufe ihrer Geschichte mehrfach konfrontiert. Aufgrund der empfundenen eigenen Schwäche dominiert in der sicherheitspolitischen Elite Polens ein spezifisches Sicherheitsverständnis, wonach „Sicherheit etwas zum Nehmen, nicht zum Geben“²⁴ ist. Aus der Überzeugung, dass Polen seine Sicherheit nicht aus eigener Kraft gewährleisten kann, entspringt das Denkmuster *Sicherheitskonsument*. Dementsprechend ist das Land an der Weichsel auf die Schutzgarantien mächtiger Staaten oder Bündnisse angewiesen. Aus polnischer Warte ist eine schlagkräftige transatlantische Allianz unter der Führung Washingtons die einzige Möglichkeit, die traditionellen Sicherheitsbedürfnisse zuverlässig zu befriedigen.²⁵ Denn nur die USA, deren starke Präsenz in Europa über die NATO sichergestellt wird, erfüllen mit ihrem Handlungswillen und ihrer Handlungsfähigkeit die Kriterien Warschaws für die Glaubwürdigkeit von Verbündeten. Vor diesem Hintergrund ist die exponierte Stellung zu sehen, die der transatlantischen Bindung in der polnischen Sicherheitskonzeption zu gesprochen wird: Sie gilt gleichsam als polnische Versicherungspolice. Ihren Niederschlag findet diese Denkweise in dem sicherheitspolitischen Leitsatz *Primat der transatlantischen Bindung*.

Bestätigt sah sich die polnische Elite in ihrer Einschätzung, dass einzig die USA glaubwürdige Sicherheitslieferanten sind, durch verschiedene sicherheitspolitische Problemkonstellationen in den 90er Jahren, wie etwa den Kosovo-Konflikt. Die Haltung Westeuropas im Vorfeld der NATO-Intervention erachtete Warschau als zu entschlossen. Demgegenüber zollten die polnischen Entscheidungsträger dem Handlungswillen und der Handlungsfähigkeit Amerikas großen Respekt. Im Gegensatz zur westeuropäischen Kritik am unilateralen Vorgehen der USA hat Warschau die Entschlossenheit Washingtons, gegebenenfalls seine Interessen mit militärischen Mitteln unter Missachtung russischer Interessen und des Völkerrechts durchzusetzen, positiv bewer-

²² Roman Kuźniar, „The Problems of the National Security in the Policy of Poland“, in *Polish Political Science* 25/26:1

(Winter 1995/Frühjahr 1996), S. 5-25, S. 6.

²³ Stanisław Lec, zit. nach Eva Feldmann, *Polen: „Für Eure und unsere Freiheit“: Zum Verständnis der polnischen Gesellschaft, Kultur und Identität*, hier S. 17.

²⁴ Olaf Osica, „Polska wobec wspólnej polityki zagranicznej i bezpieczeństwa UE (Polen gegenüber der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU)“, S. 83.

²⁵ Stellvertretend für viele Olaf Osica, Marcin Zaborowski, „Wprowadzenie (Einführung)“, in Olaf Osica, Marcin Zaborowski (Hrsg.), *Nowy członek „starego“ Sojuszu. Polska jako nowy aktor w euroatlantyckiej polityce bezpieczeństwa (Neues Mitglied eines „alten“ Bündnisses. Polen als neuer Akteur in der euroatlantischen Sicherheitspolitik)*, S. 9-23, hier S. 15;

tet.²⁶ Ein zweites katalytisches Ereignis, das den Leitsatz *Primat der transatlantischen Bindung* bekräftigte, war die NATO-Osterweiterung. In Polen wird die NATO-Mitgliedschaft und damit das wichtigste sicherheitspolitische Ziel der 90er Jahre in erster Linie dem Engagement der USA zugeschrieben: „Wir schulden Präsident Bill Clinton und Außenministerin Madeleine Albright unsere tiefe Dankbarkeit. Wie sind dem amerikanischen Volk dankbar, das beständig unsere Bestrebungen unterstützt hat“.²⁷

Übergeordnete Bedeutung für die polnische Sicherheitspolitik ist dem Leitsatz *Primat der transatlantischen Bindung* nicht nur aufgrund der katalytischen Ereignisse in den 90er Jahren beizumessen. Vielmehr bildet er gleichsam das Konzentrat der Leitsätze *Maxime nationaler Sicherheit*, *Nie mehr dazwischen* und *Kein Opfer fremder Entscheidungen*. Der Leitsatz *Primat der transatlantischen Bindung* bedingt die sicherheitspolitische Praktik einer engen Anbindung an die USA. Entsprechend der übergeordneten Bedeutung dieses Leitsatzes ist auch diese Praktik auf der operativen Ebene polnischer Sicherheitspolitik dominant. Deutlich wird dies insbesondere in Situationskonstellationen, die Fragen polnischer Sicherheit tangieren: Warschau sucht stets den Schulterchluss mit Washington, wie etwa in den Praxisfällen ESVP und Irak. Neben der Gewährleistung nationaler Sicherheit gilt die enge Anbindung an die USA auch als Mittel, um den Einfluss Polens in Europa auszuweiten und sich als Regionalmacht zu etablieren.

Regionalmacht beansprucht Boden auf dem europäischen Parkett

„Nizza oder der Tod“.²⁸

Die berühmte „Nizza oder der Tod“-These wurde in der polnischen Debatte über die Verfassung für Europa formuliert. Mit großem Nachdruck verteidigte Warschau die für Polen günstige Stimmengewichtung, wie sie der Vertrag von Nizza vorsieht. Die Bestrebungen der polnischen Regierung, sich auf einer Augenhöhe mit den europäischen Schwergewichten zu positionieren, waren außen- und europapolitischen Zielsetzungen sowie innenpolitischen Zwängen geschuldet.²⁹ Zugleich spiegelt sich darin das Selbstverständnis als Regionalmacht wider, dass auf den (vormaligen) Status als (ost) europäische Großmacht zurückzuführen ist. Entstehungskontext dieses Denkmusters ist das Goldene Zeitalter Polens im 15./16. Jahrhundert. Sich von der Ostsee bis zum russischen Smolensk erstreckend, erlebte Polen eine wirtschaftliche, kulturelle und politische Blütezeit. Daran schloss sich der Aufstieg der polnisch-litauischen Adelsrepublik zur politischen und militärischen Führungsmacht im Osteuropa des 16. bis 18. Jahrhunderts an. Seinen Niederschlag findet das Denkmuster *Regionalmacht* im sicherheitspolitischen Leitsatz *Polens Stimme*

²⁶ Olaf Osica, „Polska wobec operacji NATO poza obszarem traktatu waszyngtońskiego i polityki bezpieczeństwa i obrony UE (Polen gegenüber NATO-Operationen außerhalb des Gebietes des Washingtoner Vertrages und gegenüber der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU)“, in Krzysztof Malinowski (Hrsg.), *Kultura Bezpieczeństwa narodowego w Polsce i Niemczech (Nationale Sicherheitskultur in Polen und Deutschland)* (Posen: Instytut Zachodni, 2003), S. 95-138, hier S. 125ff.

²⁷ Ansprache des ehemaligen polnischen Außenministers Bronisław Geremek bei der Hinterlegung der Ratifizierungsdokumente für den Beitritt Polens zur NATO am 12. März 1999 in Independence, Missouri, in *Internationale Politik* 54:6 (Juni 1999), S. 96/97, hier S. 96; zur Dankbarkeit gegenüber den USA auch Roman Kuźniar, „Security Policy in the Polish Foreign Policy“, in Roman Kuźniar (Hrsg.), *Poland's Security Policy 1989-2000*, S. 19-94, hier S. 87.

²⁸ Andrzej Kostarczyk, „Nadchodzi czas opozycji (Die Zeit der Opposition kommt)“, in *Gazeta Wyborcza* vom 3. November 2004.

²⁹ Kai-Olaf Lang, Andreas Maurer, *Polens Gewicht und die doppelte Mehrheit* (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003), S. 1.

muss immer Gehör finden. Dieser Leitsatz bedingt sicherheitspolitische Praktiken, die auf eine Statusaufwertung Polens abzielen, wie dies im Zusammenhang mit der Stimmengewichtung im Rat zu beobachten war.

Wie auch der „Kampf für Nizza“, zielt der wiederholte Schulterschluss mit Washington oder die Profilierung als regionaler Aktivposten bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus darauf ab, das Kräfteverhältnis in der EU zu verändern. Aus polnischer Warte ist es dabei von besonderer Bedeutung, das Szenario eines deutsch-französischen Kerns zu verhindern.³⁰ Wird jenseits der Weichsel damit doch die Gefahr eines Europas unterschiedlicher Geschwindigkeiten verbunden, in dem Polen abermals in eine periphere Lage geraten könnte. Ein eben solches Szenario befände sich nicht im Einklang mit den sicherheitspolitischen Leitsätzen *Nie mehr dazwischen* und *Kein Opfer fremder Entscheidungen*. Wie sehr sich die sicherheitspolitischen Denkmuster und daraus hervorgehenden Leitsätze in ihrer Wirkung auf die polnische Sicherheitspolitik gegenseitig verstärken können, zeigt auch die Haltung polnischer Entscheidungsträger gegenüber der ESVP.

Denkmuster [Ideen]	- Belagerungsmentalität	- Geopolitischer Fluch: Fixierung auf geopolitische Lage - Verteidigungskomponente-militärisches Sicherheitsverständnis	- Verschwörungskomplex - Misstrauen gegenüber Europa - Zweifel an sicherheitspolitischer Glaubwürdigkeit Europas	- Wir können unsere Sicherheit nicht aus eigener Kraft gewährleisten - Abhängigkeit von Sicherheitslieferanten: Sicherheit ist etwas zum Nehmen, nicht zum Geben	- Polen als Regionalmacht
Leitsätze [Prinzipien]	- Maxime nationaler Sicherheit	- Nie mehr dazwischen	- Kein Opfer fremder Entscheidungen - Skepsis gegenüber Europa in Sicherheitsfragen	- USA als Interessenvertreter und Sicherheitslieferant (weil nur die USA die Kriterien von Glaubwürdigkeit erfüllen) - Primat der transatlantischen Bindung; USA und NATO first	- Polens Stimme muss immer Gehör finden
Praktiken [Praktische Handhabung der Leitsätze in verschiedenen Situationskonstellationen]	- Alle Maßnahmen, die die Handlungsfähigkeit und eigene Ressourcen stärken - Handlungslogik der Nutzenmaximierung	- Geopolitische Westverschiebung durch Integration in euroatlantische Sicherheitsinstitutionen	- Aktive, multilateral angelegte Sicherheitspolitik, die darauf abzielt, ein kooperatives Sicherheitsumfeld zu schaffen	- Schulterschluss mit Washington in Fragen internationaler Sicherheit, wie ESVP und Irak	- Statusaufwertendes Handeln

Abbildung 1: Triade polnischer Sicherheitspolitik (Quelle: Eigene Zusammenstellung)

³⁰ Ebd., S. 2.

Warschau Position zur ESVP

Die sicherheitspolitische Elite Polens hat die Bemühungen um eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik anfangs mit großer Skepsis betrachtet. Breite Kreise der polnischen Klasse haben gar eine ablehnende Haltung gegenüber der ESVP eingenommen. »Verstehen« lässt sich die Position Warschaus zur ESVP, wenn die Sinnwelt der polnischen Entscheidungsträger als Ausgangspunkt genommen wird.³¹

Polens Skepsis gegenüber der ESVP

Warschau hat die ESVP als Bedrohung der NATO und damit der polnischen Sicherheitskonzeption wahrgenommen.³² „Security comes first for us in Poland. We cannot afford NATO to loose it's vitality“, erklärte der ehemalige polnische Außenminister Bronislaw Geremek.³³ Die Wahrnehmung der ESVP als Sprengstoff für die transatlantischen Beziehungen wurde durch die seitens Frankreichs vertretene gaullistische Option begünstigt, wonach eine „puissance Europe“ als Gegenmacht zu den USA angestrebt wird. In diametralem Gegensatz zum *Primat der transatlantischen Bindung* stehend, nährte die lediglich auf rhetorischer Ebene bestehende gaullistische Variante der ESVP das polnische Misstrauen gegenüber Europa: „Isn't the ESDP a tool to weaken the US role in Europe or a replacement in case the US would decide to pull out, or is the ESDP an instrument to fulfil the ambitions of one or more European powers which feel to much dominated by the USA. In other words, is the ESDP, among other things 'to keep the Americans out'?“³⁴

Neben dem Argwohn über die Stoßrichtung des europäischen Vorhabens lag die anfangs sehr skeptische Haltung Warschaus gegenüber der ESVP in den Zweifeln an der sicherheitspolitischen Glaubwürdigkeit Europas begründet. Diese betreffen den Handlungswillen und die Handlungsfähigkeit. Bezogen auf den Handlungswillen lautet die aus polnischer Sicht entscheidende Frage: „Wie weit reicht die Solidarität Europas im Falle einer Aggression? [meine Übersetzung]“.³⁵ Aufgrund der Überzeugung, dass „die Europäer nicht für Europa sterben wollen [meine Übersetzung]“³⁶ und damit nicht für Polen, zweifelt die überwiegende Mehrheit der polnischen Klasse am (west)europäischen Handlungswillen. In ihrer Auffassung bestätigt sahen sich die sicherheitspolitischen Entscheidungsträger Polens durch die in ihren Augen äußerst zögerlichen Reaktionen vieler westeuropäischer NATO-Staaten auf die Ausrufung des Bündnisfalles nach

³¹ Ausführlich dazu Cornelia Frank, *Polnische Sicherheitspolitik: Warschau Position zur ESVP. Eine gesellschaftstheoretische Annäherung*, S. 52-84.

³² Stellvertretend für viele Jan Nowak-Jeziorański, „Czy NATO jetzt zagrożone? (Ist die NATO bedroht?)“, in *Rzeczpospolita* vom 21. Mai 2001; Andrew A. Michta, „Czy plany stworzenia europejskiego systemu obrony mogą zagrozić NATO? (Können die Pläne zur Schaffung eines europäischen Verteidigungssystems die NATO gefährden?)“, in *Wprost* vom 21. November 1999.

³³ Bronislaw Geremek, On European Security and Defence Identity, Nordatlantischer Rat in Brüssel am 15. Dezember 1999.

³⁴ Janusz Onyszkiewicz, „The Polish View on the Common Security and Defense Policy“, hier S. 219. Zum Misstrauen Warschaus gegenüber der offiziellen Version auch Grzegorz Gromadzki, Olaf Osica, *Proeuropejscy atlantycy: Polska i inne kraje Europy Środkowo-Wschodniej po wejściu do Unii Europejskiej (Proeuropäische Atlantiker: Polen und andere südosteuropäische Länder nach dem Beitritt zur Europäischen Union)* (Warschau: Fundacja Batorego/Centrum Stosunków Międzynarodowych, 2001), hier S. 8.

³⁵ Fundacja „Polska w Europie“ (Hrsg.), *Między NATO a Unią Europejską (Zwischen NATO und EU)* (Warschau: Fundacja „Polska w Europie, 2001), hier S. 63.

³⁶ Zbigniew Brzeziński, „Jak żyć z nową Europą? (Wie soll man mit dem neuen Europa leben?)“, in *Gazeta Wyborcza* vom 24./25. Juni 2000; Jan Nowak-Jeziorański, „Czy NATO jest zagrożone? (Ist die NATO gefährdet?)“, in *Rzeczpospolita* vom 15. Mai 2001.

dem 11. September. Dass die Interpretationen des Artikel 5 des Washingtoner Vertrags den Bestand auf medizinische Unterstützung oder militärische Konsultation beschränkt haben, ließ „für Polen den Alptraum fehlender Hilfe seitens der Alliierten wieder erwachen“³⁷. Die polnische Skepsis gegenüber der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Europas liegt in den unzureichenden militärischen Kapazitäten begründet. Neben dem euro-atlantischen Gefälle im Bereich der Verteidigungsausgaben sowie der Investitionen in Forschung und Technik ziehen die sinkenden Wehrbudgets vieler westeuropäischer EU-Staaten Kritik auf sich³⁸. Vor diesem Hintergrund haben breite Kreise der sicherheitspolitischen Elite Polens die Ansicht geteilt, die ESVP schaffe nichts anderes als „to sweeten the tea by stirring it up only with more tea spoons but without adding more sugar“³⁹.

Als dritte Quelle der anfänglichen Skepsis gegenüber der ESVP sind schließlich die aus polnischer Sicht unzureichenden Mitspracherechte zu nennen, die Warschau aus seinem Status als NATO-Mitglied und dem damals noch bevorstehenden EU-Beitritt abgeleitet hat: „Poland should be entitled [...] to take part in decision-taking and implementation under an EU defence policy. You [die EU-Staaten] can hardly strip six Alliance members of their rights“⁴⁰. Diese Quelle der Skepsis ist seit der EU-Mitgliedschaft Polens versiegt. Darüber hinaus ist die Stoßrichtung der ESVP klarer und damit weniger beängstigend für die polnischen Entscheidungsträger. Vor diesem Hintergrund hat Warschau seine anfangs sehr ablehnende Haltung modifiziert. Die Skepsis gegenüber der ESVP und das mangelnde Verständnis der westeuropäischen Beweggründe ist einer immer noch kritischen, aber weniger emotionalen und pragmatischeren Herangehensweise gewichen. Nichtsdestoweniger haben sich die grundsätzlichen Parameter von Warschaus Position zur ESVP, die sich aus den sicherheitspolitischen Leitsätzen ergeben, nicht geändert.

Polens Ansprüche an die ESVP

Die sicherheitspolitischen Leitsätze *Primat der transatlantischen Bindung*, *Nie mehr dazwischen* und *Kein Opfer fremder Entscheidungen* als Interpretationsfolie über die Position Warschaus legend, ergeben sich drei Ansprüche an die ESVP. Den ersten Anspruch, den die ESVP aus polnischer Sicht erfüllen muss, betrifft die Stärkung der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft. Entsprechend des sicherheitspolitischen Leitsatzes *Primat der transatlantischen Bindung* ist die Position Warschaus zur ESVP stark geprägt von der sicherheitspolitischen Praxis des Schulterchlusses mit Washington. Als Bezugspunkt der polnischen Haltung gegenüber der ESVP gelten die ehemals von Madeleine Albright, ehemalige US-Außenministerin, postulierten „drei D’s“: Eine Loslösung europäischer Entscheidungsstrukturen vom NATO-Entscheidungsrahmen (no decoupling) sei gleichermaßen inakzeptabel wie eine Verdopplung von Streitkräfteplanung, Kommandostrukturen und Beschaffung (no duplication) oder eine unzureichende Beteiligung der (europäischen) NATO-

³⁷ Ireneusz P. Karolewski, „Sicherheitspolitische Herausforderungen in der Mitte Europas. Eine polnische Sicht“, in Hans Arnold, Raimund Krämer (Hrsg.), *Sicherheit für das größere Europa. Politische Optionen im globalen Spannungsfeld* (Bonn: Dietz, 2002), S. 146-163, hier S. 161.

³⁸ Krzysztof Wojna, „Amerykanie i Europejczycy (Amerikaner und Europäer)“, in *Polska Zbrojna* Nr. 50/1999, S. 33-34, hier S. 34; Krystian Piątkowski, *Przyszłość Obrony Europejskiej (Die Zukunft der europäischen Verteidigung)* (Warschau: Fundacja „Polska w Europie“, 2002), hier S. 17.

³⁹ Janusz Onyszkiewicz, „The Polish View on the Common Security and Defense Policy“, hier S. 218.

⁴⁰ Bronisław Geremek, ehemaliger polnischer Außenminister, zit. nach Stanisław Parzymies, „European Orientation in Polish Security Policy“, in Roman Kuźniar (Hrsg.), *Poland's Security Policy 1989-2000*, S. 286-320, hier S. 314.

Staaten, die nicht der EU angehören, am Entscheidungs- und Implementierungsprozess der ESVP (no discrimination).⁴¹

An die amerikanische Maßgabe anknüpfend, fordert der polnische Außenminister Adam Daniel Rotfeld, die ESVP „sollte Aufgaben und Funktionen der NATO weder ersetzen noch duplizieren [meine Übersetzung]“.⁴² Dementsprechend lehnte Polen die Schaffung einer europäischen Kommandozone außerhalb des Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE) ab.⁴³ Denn die „NATO and the alliance with the USA will remain the guarantors of our [the pol- ish] security“.⁴⁴ Es liegt im nationalen Interesse Polens, die ESVP stark atlantisch auszurichten: „Wir sind gegen die Verwässerung der Nato. Der europäische Pfeiler in der Nato muss gestärkt werden, damit das Bündnis zwischen Europäern und Amerika nicht zerbricht“, forderte Polens Verteidigungsminister Jerzy Szmajdzinski.⁴⁵ Idealtypisch gesprochen, müsste die ESVP aus polni- scher Sicht eigentlich die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) sein⁴⁶. Zum Ausdruck kommt diese Gleichsetzung auch in der polnischen Sicherheitsstrategie vom Juli 2003, in der ESVP und ESVI synonymisch verwendet werden.⁴⁷ Nach polnischer Lesart besteht die Zielsetzung eines sicherheitspolitisch besser organisierten Europas darin, dass „Europa in der NATO mit Amerika handeln kann, aber wenn Amerika nicht will, auch ohne Amerika handeln kann“⁴⁸: Damit reduziert Polen die ESVP letztlich auf einen von der NATO kontrollierten Pro- zess, der im Einklang mit den USA gestaltet werden soll.

Ein zweiter Anspruch, den Polen an die ESVP stellt, betrifft den nationalen verteidigungs- politischen Mehrheit. Wenngleich in offiziellen Dokumenten und Stellungnahmen stets betont wird, dass sich Warschau von keinem Staat bedroht fühlt, dominiert unter den sicherheitspoli- tischen Entscheidungsträgern die Einschätzung, dass „there is however no guarantee, that a black scenario would not materialise in 10 or 20 years time“.⁴⁹ Im Unterschied zu den alten EU- Mitgliedern, deren sicherheitspolitisches Denken geprägt ist von dem Fehlen einer klaren exter- nen Bedrohung und einem tiefen gegenseitigen Vertrauen, haben diese beiden Faktoren das si- cherheitspolitische Denken der polnischen Elite vergleichsweise wenig beeinflusst.⁵⁰ Was das Fehlen einer externen Bedrohung und das Vertrauen zu den benachbarten Staaten betrifft, sind breite Kreise der sicherheitspolitischen Klasse Polens weitaus skeptischer. Im Gegensatz zu Russ- land, das in ihren Augen vorwiegend eine Quelle politischer, ökonomischer und soziokultureller Instabilität darstellt, betrachten einige das Lukašenko-Regime in Belarus durchaus auch als militä-

⁴¹ Madeleine Albright, „The right balance will secure NATO’s future“, in *Financial Times* vom 7. Dezember 1998.

⁴² Adam Daniel Rotfeld, *Czy Unia Europejska potrzebuje Europejskiej Polityki Bezpieczeństwa I Obrony? (Braucht die EU eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik?)* <http://www.msz.gov.pl/file_libraries/29/11194/silna.doc> (Zugriff: 15. März 2005).

⁴³ Olaf Osica, „Poland: A New European Atlanticist at a Crossroads?“, in *European Security* 13:4 (Winter 2004), S. 301-322, hier S. 312.

⁴⁴ Włodzimierz Cimoszewicz, „Landscape beyond the Horizon: Foreign Policy of the Republic of Poland“, in *The Polish Quarterly of International Affairs* 13:2 (Summer 2004), S. 5-20, hier S. 17.

⁴⁵ Zit. nach Michael Ludwig, „Brückenbauer“, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 8.5.2003.

⁴⁶ Parallel zu dem europäischen Bemühen um eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Reaktivierung der Westeuropäischen Union (WEU) befürwortete die NATO die Entwicklung einer gemeinsa- men Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) innerhalb der Allianz.

⁴⁷ *The National Security Strategy of the Republic of Poland* vom 22.7.2003 <http://www.msz.gov.pl/start.php?page=1000000001&obj_display_cat=11&obj_display_full=648&obj_to_display_type=21> (Zugriff 21. November 2004).

⁴⁸ Janusz Reiter, Botschafter a.D. und Präsident des Zentrums für Internationale Beziehungen, in einem Interview mit *Y-Magazin der Bundeswehr* 1/2004, S. 13.

⁴⁹ Janusz Onyszkiewicz, „The Polish View on the Common Security and Defense Policy“, hier S. 218.

⁵⁰ Janusz Reiter, „Poland“, in Adam Daniel Rotfeld (Hrsg.), *The New Security Dimensions. Europe after the NATO and EU Enlargements* (Stockholm: Stockholm International Peace Research Institute, 2001), S. 42-44, hier S. 42.

risches Sicherheitsrisiko.⁵¹ Das Denkmuster *geopolitischer Fluch* verinnerlicht habend, und sich am Leitsatz *Nie mehr dazwischen* orientierend, ist die aus polnischer Sicht ausschlaggebende Frage, inwieweit die ESVP einen nationalen verteidigungspolitischen Mehrheit bringt. Dementsprechend fordert Polens Außenminister Rotfeld „the development of European defence capabilities in harmony and cooperation with NATO“.⁵²

Dass die Stimme Polens bei der Gestaltung der ESVP immer Gehör findet, ist der dritte Anspruch, den Warschau an die ESVP stellt. Entsprechend des sicherheitspolitischen Leitsatzes *Kein Opfer fremder Entscheidungen* lehnen die sicherheitspolitischen Entscheidungsträger Polens jeglichen Souveränitätsverzicht im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ab. Begründet liegt diese Haltung in der Befürchtung, dass sich Polen potenziell über seinen Kopf hinweg getroffenen sicherheitspolitischen Entscheidungen fügen müsste. Außenminister Rotfeld zufolge lehnt Polen „entschieden und eindeutig die Idee eines 'Europäischen Direktorats' bzw. eines 'Kerneuropas' ab“.⁵³ Aus der Forderung nach umfassenden Mitspracherechten, einer Stärkung der transatlantischen Partnerschaft sowie eines nationalen verteidigungspolitischen Mehrwertes lässt sich die polnische Position zur künftigen Entwicklung der ESVP ableiten.

Entwicklungsperspektiven der ESVP aus polnischer Sicht

Betrachtet werden müssen die Entwicklungsperspektiven der ESVP im Zusammenhang mit der Europäischen Sicherheitsstrategie, die der Europäische Rat gewissermaßen als europäische Antwort auf die Nationale Sicherheitsstrategie der USA im Dezember 2003 angenommen hat, und der Debatte über die sicherheitspolitische Finalität Europas.⁵⁴

Europäische Sicherheitsstrategie aus polnischer Sicht: An der Europäischen Sicherheitsstrategie übt Polen in zweifacher Hinsicht Kritik. Ein zentraler Kritikpunkt betrifft die Bedeutung der NATO und der transatlantischen Bindung für die europäische Sicherheit, die Warschau in der Europäischen Sicherheitsstrategie nicht ausreichend hervorgehoben sieht.⁵⁵ Dies steht in diametralem Gegensatz zur polnischen Sicherheitskonzeption, in der das Primat der NATO für die europäische und damit polnische Sicherheit von der militärischen Schlagkraft der Allianz bzw. der USA abgeleitet werden: „„Once the USA get involved, the critical mass is achieved. No European country is capable of producing a comparable effect. All this causes that not Europe but NATO with the USA is an organisation that is reasonably efficient and that can rap-

⁵¹ Kai-Olaf Lang, *Amerika's bester Freund? Polens atlantizistisch-europäischer Kurs* (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003), S. 4.

⁵² Adam Daniel Rotfeld, *European Security in the Beginning of the XXI Century* vom 25. November 2004 <http://www.msz.gov.pl/file_libraries/29/11423/israel.doc> (Zugriff: 15. März 2005).

⁵³ Adam Daniel Rotfeld, *Regierungsinformationen über die polnische Außenpolitik* vom 21. Januar 2005, <<http://www.msz.gov.pl/start.php>> (Zugriff: 15. März 2005).

⁵⁴ *A secure Europe in a better World* <<http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/78367.pdf>> (Zugriff 3. Juni 2004). Eine fundierte Analyse der ESS liefert Simon Duke, „The European Security Strategy in a Comparative Framework: Does it Make for Secure Alliances in a Better World?“, *European Foreign Affairs Review* 9:2 (Winter 2004), S. 459-481. Zum Vergleich von ESS und NSS Felix Sebastian Berenskoetter, „Mapping the Mind Gap: A Comparison of US and European Security Strategies“, *Security Dialogue* 36:1 (Spring 2005), S. 71-92 und Sven Bernhard Gareis, „Sicherheitspolitik zwischen „Mars“ und „Venus“? Die Sicherheitsstrategien der USA und der EU im Vergleich, in Johannes Varwick (Hrsg.), *Die Beziehungen zwischen NATO und EU. Partnerschaft, Konkurrenz, Rivalität?* (Opladen: Verlag Barbara Budrich, 2005), S. 81-96.

⁵⁵ Olaf Osica, „A Secure Poland in a Better Union? The ESS as Seen from Warsaw's Perspective“, in *The European Security Strategy – Paper Tiger or Catalyst for Joint Action? (Part II)* 5:14 (Oktober 2004), S. 6-15, hier S. 13, <<http://www.deutsche-aussenpolitik.de/newsletter/issue14.pdf>> (Zugriff 20. Januar 2005).

idly and effectively respond to the challenges of the 21th century".⁵⁶ Aus polnischer Perspektive betrifft das zweite Versäumnis der Europäischen Sicherheitsstrategie die Beziehungen zu Russland. Diese sind von jeher der Lackmus-Test für die Einstellung der polnischen Elite und Bevölkerung zur europäischen Außenpolitik gewesen. Vor diesem Hintergrund kritisiert Warschau, dass die Europäische Sicherheitsstrategie ausschließlich auf Russland als Partner Bezug nimmt, nicht aber als Quelle potenzieller Gefahren. Obschon die andernorts angeführten Sicherheitsbedrohungen wie schlechte Regierungsführung, d.h. Machtmissbrauch, schwache Institutionen etc auch auf Russland unter der Führung Putins zuträfen.⁵⁷

Während das Gefahrenpotenzial Russlands innerhalb der sicherheitspolitischen Elite Polens weitaus höher eingestuft wird als in den alten EU-Mitgliedstaaten, ist beiden Seiten die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ein vorrangiges Anliegen. Die Terrorismusbekämpfung als Querschnittsaufgabe betrachtend, erweitert und aktualisiert der EU-Verfassungsvertrag (Art. III-309 Abs. 1) die vom EU-Vertrag (Art. 17 Abs. 2) übernommenen *Petersberg-Aufgaben*.⁵⁸ Demnach wird das vormalige Einsatzspektrum, das humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze ebenso umfasst wie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen, um Maßnahmen der Abrüstung, der militärischen Beratung und Unterstützung, der Konfliktverhütung sowie der post-conflict-Stabilisierung ergänzt. Hinsichtlich der *Petersberg-Aufgaben* fällt die Bilanzierung der polnischen Position ambivalent aus. Einerseits führt die *Nationale Sicherheitsstrategie* an, Polen „shall be actively participating in the development of the European Security and Defence Policy as an indispensable complement of the CSFP“.⁵⁹ Dass diesem verbalen Bekenntnis auch Taten folgen, zeigt ein Blick auf die operative Ebene. Die Polizeimission der EU in Bosnien-Herzegowina (EUPM), die seit Januar 2003 im Einsatz ist, unterstützt Polen mit 12 Polizisten.⁶⁰ An der Militäroperation *Concordia* in Mazedonien, die die EU unter Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO von März bis Dezember 2003 durchführte, beteiligten sich 17 polnische Soldaten.⁶¹ Bei der im Aufbau befindlichen *European Rapid Reaction Force* (ERRF) hat sich Polen auf einen Beitrag von 3000 Soldaten verpflichtet (vermutlich im Rahmen der 21. Gebirgsjägerbrigade) sowie eventuell zusätzlich 750 Mann des Polnisch-Ukrainischen Peacekeeping Bataillons.⁶² Darüber hinaus führt Polen eine *Battle Group* an, deren Schaffung die Verteidigungsminister der EU-Mitgliedstaaten im November 2004 beschlossen haben, damit die EU bei internationalen Krisen künftig auch militärisch schneller und flexibler reagieren kann.⁶³

⁵⁶ Janusz Onyszkiewicz, zit. nach Olaf Osica, Common European Security and Defence Policy (CEDSP) as Seen by Poland (Warschau: Center for International Relations, 2001), hier S. 29.

⁵⁷ Olaf Osica, „A Secure Poland in a Better Union? The ESS as Seen from Warsaw's Perspective“, hier S. 12.

⁵⁸ Roman Schmidt-Radefeldt, *Die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im EU-Verfassungsvertrag: Auf dem Weg zu einer europäischen Armee?* (Düsseldorf: Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, 2005), hier S. 5 <http://www2.dias-online.org/Dokumente/analyse/DIAS-Analyse-13_04.2005.pdf> (Zugriff 11.5.2005).

⁵⁹ *The National Security Strategy of the Republic of Poland* vom 22. Juli 2003 <http://www.ms.gov.pl/start.php?page=1000000001&obj_display_cat=11&obj_display_full=648&obj_to_display_type=21> (Zugriff 21. Oktober 2004).

⁶⁰ Gustav Lindstrom, „Im Einsatzgebiet: ESVP-Operationen“, in Nicole Gnesotto (Hrsg.), *Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die ersten fünf Jahre (1999-2004)* (Paris: EU-Institut für Sicherheitsstudien, 2004), S. 131-154, hier S. 133.

⁶¹ Dov Lynch, Antonio Missiroli, *ESDP Operations* (Paris: EU-Institut für Sicherheitsstudien, 2004).

⁶² Tamir Sinai, zit. nach Sven Bernhard Gareis, „Die neuen EU-Mitglieder zwischen atlantischer Orientierung und europäischer Integration“, *Information für die Truppe* Nr. 3/2004, S. 12-17, hier. 15.

⁶³ Ausgehend von der Erfahrung der Operation *Artemis* im Kongo sieht dieses Konzept die Aufstellung von schnellen Einsatzkräften in der Stärke von jeweils 1500 Soldaten vor, die insbesondere –aber nicht ausschließlich– auf Anforderung der UN zu autonomen Einsätzen unter Kapitel VII, UN-Charta, fähig sind. Weitere Informationen über die *Battle Groups* bei Karl-Heinz Kampf, *Europäische „Battle Groups“ – ein neuer Schub für die*

An der multinational zusammengesetzten *Battle Group* unter polnischer Führung beteiligen sich noch Deutschland, Lettland, Litauen und die Slowakei.⁶⁴

Fraglich ist indes, inwieweit es bei diesen Zusagen nicht vorrangig um ein instrumentelles Engagement geht, mit dem die Entwicklungen innerhalb der ESVP im Einklang mit den polnischen Interessen beeinflusst werden können. Denn angesichts der eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der ebenfalls im Aufbau befindlichen *NATO Response Force* (NRF) und der Beteiligung Polens an Friedensmissionen der Vereinten Nationen stellt sich die Frage, welchen Zusagen Warschau im Zweifelsfalle den höheren Stellenwert einräumt. Einschlägige Dokumente, wie etwa die *Nationale Sicherheitsstrategie*, verweisen stets auf die übergeordnete Bedeutung der NATO für die polnische Sicherheit: „NATO is for Poland the key platform for multilateral and bilateral collaboration within the scope of security and defence preparedness and the main pillar of politico-military stability on the continent“.⁶⁵ Auf die kostenintensive Anpassung der polnischen Streitkräfte an den NATO-Standard verweisend, hat der ehemalige polnische Verteidigungsminister Bronislaw Komorowski hervorgehoben, dass es „unmöglich ist, gleichzeitig die Ausgaben für zwei Prozesse zu tragen [meine Übersetz.]“.⁶⁶

Angesichts der angeschlagenen Haushaltslage und des langsamen Wirtschaftswachstums hat Polen erhebliche Schwierigkeiten, die geplante Streitkräftereform durchzuführen und seinen Verpflichtungen gegenüber der Allianz im Zusammenhang mit der *Defence Capabilities Initiative* nachzukommen. So hat die NATO Polen wiederholt kritisiert, dass die 1999 erfolgten Zusagen infolge des langsamen Modernisierungsprozess der polnischen Armee nur schleppend eingelöst werden.⁶⁷ Vor diesem Hintergrund sind die wiederholten Forderungen Warschaus zu »verstehen«, die europäischen Verteidigungskapazitäten im NATO-Rahmen zu entwickeln und auf größtmögliche Synergieeffekte zu achten. Seinem Leitsatz *Maxime nationaler Sicherheit* folgend, möchte Polen ein integraler Bestandteil des europäischen Pfeilers der NATO sein.⁶⁸ Deshalb liegt es im sicherheitspolitischen Interesse Polens, sich aktiv an EU-geführten Operationen im Rahmen der *Petersberg-Aufgaben* zu beteiligen. Abgelehnt wird dagegen die Ausweitung der *Petersberg-Aufgaben*, weil dies gegen das ursprünglich ESVI-Konzept und damit den sicherheitspolitischen Leitsatz *Primat der transatlantischen Bindung* verstößt. Die übergeordnete Bedeutung der NATO und der USA in der polnischen Sicherheitskonzeption spiegelte sich auch in den positiven Reaktionen Warschaus auf die *NATO Response Force* wider, die Präsident Kwaśniewski als eine der „vielversprechendsten Initiativen der amerikanisch-europäischen Zusammenarbeit“ bezeichnete.⁶⁹ Dass sich die NRF jenseits offiziell angestrebter Kompatibilität zur ERRF als Konkurrenz zur Helsinki-Truppe entwickeln könnte, bleibt im polnischen Kapitol zu hoffen – würde damit doch der von den USA unabhängigen ESVP an Dynamik genommen.

Auf die militärstrategische Grundsatzfrage, ob das europäische Vorhaben einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik langfristig eher der atlantischen oder der gaullisti-

ESVP? (Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2004); Otfried Nassauer, *Stichwort: Europas schnelle Eingreifverbände. Das Battlegroup-Konzept* (Berlin: Berliner Institut für Transatlantische Sicherheit, 2004).

⁶⁴ IAP-Dienst Sicherheitspolitik Nr. 12/2004, hier S. 4.

⁶⁵ *The National Security Strategy of the Republic of Poland* vom 22. Juli 2003 <http://www.msz.gov.pl/start.php?page=1000000001&obj_display_cat=11&obj_display_full=648&obj_to_display_type=21> (Zugriff 21.10.2004).

⁶⁶ Fundacja „Polska w Europie“ (Hrsg.), *Europejska Tożsamość Obronna (Europäische Verteidigungsidentität)* (Warschau: Fundacja „Polska w Europie, 2000), hier S. 13.

⁶⁷ Thomas Urban, „Polen will seine Armee NATO-tauglich machen“, *Die Süddeutsche Zeitung* vom 1. Februar 2001.

⁶⁸ Stanislaw Parzymies, „European Orientation in Polish Security Policy“, in Roman Kuźniar (Hrsg.), *Poland's Security Policy 1989-2000*, S. 286-320, hier. 318.

⁶⁹ Zit. nach Kai-Olaf Lang, *Amerikas bester Freund? Polens atlantizistisch-europäischer Kurs* (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003), hier S. 5.

schen Variante folgt, bleibt auch der EU-Verfassungsvertrag eine Antwort schuldig. Um so dringlicher stellt sich die Frage, welche Vorstellungen von der sicherheitspolitischen Finalität Europas in der sicherheitspolitischen Elite des neuen EU-Mitglieds Polen vorherrschend sind.

Sicherheitspolitischen Finalität Europas aus polnischer Sicht: Die Diskussionen über die sicherheitspolitische Finalität Europas kreisen um die Frage, wer dieser sicherheitspolitische Akteur EU eigentlich ist, sein soll und sein kann.⁷⁰ Zentral sind hierbei zwei Aspekte: die Harmonisierung von Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP sowie die kollektive Verteidigung.⁷¹

Mit der Integration einer kollektiven Beistandsklausel ins Unionsrecht enthält der EU-Verfassungsvertrag eine zentrale Neuerung.⁷² Gleichwohl es sich dabei um eine „abgespeckte“ Beistandsklausel handelt, die den Verteidigungsbeitrag der EU-Mitgliedstaaten weitgehend offen lässt, konstituiert sich die EU damit zumindest in formeller Hinsicht als Verteidigungsbündnis.⁷³ Darüber hinaus legt der EU-Verfassungsvertrag gemäß Art. I-41 Abs. 2 fest, dass die „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (...) die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union [umfasst]. Diese führt zu einer gemeinsamen Verteidigung, sobald der Europäische Rat dies einstimmig beschlossen hat“.⁷⁴ Dem Wortlaut der Evolutivklausel in Art. 17 Abs. 1 des Vertrags von Nizza folgend, eröffnet der Verfassungsvertrag dem Europäischen Rat die Möglichkeit, ohne förmliche Vertragsänderungen die Schritte in Richtung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union festzulegen, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen kann. Die vom Verfassungskonvent vorgeschlagene Option einer *verstärkten Zusammenarbeit* im Verteidigungsbereich ließ sich dahingegen nicht realisieren.⁷⁵

Entsprechend des Leitsatzes *Kein Opfer fremder Entscheidungen* hat Warschau die Möglichkeit einer *verstärkten Zusammenarbeit* im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wegen der Gefahr einer etwaigen Kernbildung anfangs dezidiert abgelehnt. „The closer cooperation must not serve to exclude new member states“, forderte Polens ehemaliger Außenminister Władysław Bartoszewski.⁷⁶ Große Vorbehalte hinsichtlich einer etwaigen Kernbildung in der EU, insbesondere im Bereich Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, hat die sicherheitspolitische Elite Polens auch heute noch.⁷⁷ Die ablehnende Haltung gegenüber der *verstärkten Zusammenarbeit*

⁷⁰ Zur Entwicklung der EU als sicherheitspolitischer Akteur Hans-Georg Ehrhart, „Die Sicherheitspolitik der EU im Werden“, in *Internationale Politik* 59:6 (Juni 2004), S. 33-41.

⁷¹ Inwiefern nationale staats- und wehrrechtliche Rahmenbedingungen eine etwaige Harmonisierung von Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP überhaupt zulassen, analysiert Alexander Siedschlag, „Die Festigung der ESVP. Nationale Positionen von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Polen“, in *Reader Sicherheitspolitik* Nr. 9/2004, < http://www.reader-sipo.de/artikel/0409_AVI1.pdf > (Zugriff 13. März 2005).

⁷² Roman Schmidt-Radefeldt, *Die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im EU-Verfassungsvertrag: Auf dem Weg zu einer europäischen Armee?*, S. 6.

⁷³ In Art. I-41 Abs. 7 heißt es dazu: „Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates müssen die anderen Mitgliedstaaten nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung leisten. Dies lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt“. Zit. nach: Thomas Läufer (Hrsg.), *Verfassung der Europäischen Union. Verfassungsvertrag vom 29. Oktober 2004. Protokolle und Erklärungen zum Vertragswerk* (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2005), hier S. 52.

⁷⁴ Art. I-41 Abs. 2 zit. nach Thomas Läufer (Hrsg.), *Verfassung der Europäischen Union. Verfassungsvertrag vom 29. Oktober 2004. Protokolle und Erklärungen zum Vertragswerk*, hier S. 51.

⁷⁵ Roman Schmidt-Radefeldt, *Die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im EU-Verfassungsvertrag: Auf dem Weg zu einer europäischen Armee?*, S. 6.

⁷⁶ Władysław Bartoszewski, „Vision and Potential: For a New Direction in European Integration“, in *Poland's Position on the 2000 Intergovernmental Conference. A Critical Evaluation* (Warschau: Konrad Adenauer Stiftung, 2000), S. 57-63, hier S. 60.

⁷⁷ Stellvertretend Andrzej Olechowski, „Polska w pułapce (Polen in der Falle)“, in *Gazeta Wyborcza* vom 13.1.2004.

scheint auf den ersten Blick im Widerspruch zu der wiederholten Forderung Warschaws nach höherer sicherheitspolitischer Glaubwürdigkeit der EU zu stehen. Fördert doch die *verstärkte Zusammenarbeit* die Kooperation zwischen den EU-Mitgliedstaaten beim Krisenmanagement und trägt damit der polnischen Kritik am unzureichenden Handlungswillen der EU Rechnung. »Verstehen« lässt sich diese Widersprüchlichkeit durch die Kenntnis der historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Denkmuster und ihren Auswirkungen auf die polnische Sicherheitspolitik. Der wiederholten Fremdbestimmung entspringt die Befürchtung, mit einer *verstärkten Zusammenarbeit* im Rahmen der ESVP könne eine Zwei-Klassen-Mitgliedschaft und Marginalisierung Polens einhergehen.⁷⁸ Breite Kreise der sicherheitspolitischen Klasse Polens betrachten die *verstärkte Zusammenarbeit* als französisch-deutschen Versuch, die pro-amerikanischen neuen EU-Mitglieder zu marginalisieren, indem militärische Kriterien aufgestellt werden, die diese nicht erfüllen können.⁷⁹ An dieser Stelle wird abermals deutlich, wie sich das Denkmuster *Verschwörungskomplex* im sicherheitspolitischen Leitsatz *Kein Opfer fremder Entscheidungen* niederschlägt, aus dem die sicherheitspolitische Praktik einer größtmöglichen Partizipation an sicherheitspolitischen Entscheidungsprozessen der EU resultiert. Dementsprechend ist die unlängst signalisierte Bereitschaft Warschaws, sich doch an einer *verstärkten Zusammenarbeit* beteiligen zu wollen, als Präventionsmaßnahme vor einem erneuten „in-between“ zu sehen.

Vor diesem Hintergrund befürwortet Warschau, dass die *verstärkte Zusammenarbeit* nicht auf die Verteidigungspolitik ausgeweitet wird. Entsprechend des sicherheitspolitischen Leitsatzes *Primat der transatlantischen Bindung* folgt Warschau dem amerikanischen Prinzip *No decoupling* und sucht jedwede Entwicklungen zu unterbinden, die eine etwaige Loslösung der USA von Europa begünstigen könnten. Im Sinne der Weber'schen „technischen Kritik“, die unterschiedliche Entscheidungsoptionen erläutert und deren (nichtintendierte) Konsequenzen herausarbeitet, ist zu fragen, inwieweit die (nichtintendierten) Konsequenzen solch einer Strategiewahl den polnischen Sicherheitsinteressen zuträglich sind.⁸⁰ Dass Europa sich selber verteidigen kann, müsste eigentlich ein polnisches Anliegen sein. Denn die NATO, auf deren Verteidigungsfunktion Polen bislang gesetzt hat, wird mittelfristig dazu nicht mehr willens und fähig sein. Gemäß ihrer eigenen Strategie und ihres Transformationsgrundsatzes vom Prager Gipfel im November 2002 schreibt sich die NATO gar nicht mehr zu, Europa verteidigen können zu müssen.⁸¹

Eine ähnlich widersprüchliche Position nimmt Warschau auch zur Harmonisierung von Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP ein, wie sie für ein sicherheitspolitisch handlungswilliges und handlungsfähiges Europa essentiell sind. Entsprechend des Leitsatzes *Primat der transatlantischen Bindung* ist das erstrangige nationale Interesse Polens, die ESVP strikt atlantisch auszurichten. Daher stehen die polnischen Entscheidungsträger Bemühungen um eine Harmoni-

⁷⁸ Rafal Trzaskowski, *From candidate to member state: Poland and the future of the EU* (Paris: EU Institute for Security Studies, 2002), hier S. 19-21.

⁷⁹ Olaf Osica, „Poland: A New European Atlanticist at a Crossroads?“, hier S. 316.

⁸⁰ Max Weber, „Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“, in Johannes Winkelmann (Hrsg.), *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber*, (Tübingen: J.C.B. Mohr, 3. Auflage, 1968), S. 146-214, hier S. 150ff.

⁸¹ Eine fundierte Analyse der Beschlüsse des Prager NATO-Gipfels liefert Fouzieh Melanie Alami, „Die zweite Runde der NATO-Öffnung im Lichte der Herausforderungen an die NATO nach den Terroranschlägen im September 2001“, in *Reader Sicherheitspolitik* Nr. 1/2003, <http://reader-sipo.de/artikel/0301_AIV1.pdf> (Zugriff 11.4.2005); Zu den Entwicklungsoptionen der Allianz Heiko Borchert und Daniel Maurer, *Neuanfang, Baukasten oder Ablösung? Fünf Szenarien zur Zukunft der NATO* (Düsseldorf: Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, 2004) <http://www2.dias-online.org/Dokumente/analyse/DIAS-Analyse-5_01.2004.pdf> (Zugriff 15. März 2005).

sierung von Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP ablehnend gegenüber.⁸² Vielmehr werden diese als Bedrohung des sicherheitspolitischen Leitsatzes *Kein Opfer fremder Entscheidungen* betrachtet. Die gleichwohl erfolgte Zusage Polens, sich an dem Aufbau europäischer Krisenreaktionskräfte und der Schaffung von *Battle Groups* zu beteiligen, sind im Lichte des nationalen Interesse zu sehen, sich nicht von vornherein aus neuen Entwicklungen auszuschließen und dadurch Mitspracherechte zu verlieren.⁸³ Seinem Selbstverständnis als Regionalmacht folgend, bemüht sich Polen, Boden auf dem europäischen Parkett zu gewinnen – auch auf dem (Um)Weg über Amerika und den Irak.

Polens Irak-Politik

Die heftigsten Kontroversen polnischer Sicherheitspolitik kreisen um die Irak-Politik des Landes. Zunächst erklärte Warschau sein militärisches Engagement im Irak als Langzeit-Investition in die internationale Sicherheit. Nach dem ausbleibenden Fund irakischer Massenvernichtungswaffen rückte die Pflicht zur Befreiung des irakischen Volkes als Argument in den Vordergrund. Angesichts des irakischen Widerstands gegen einen von außen gesteuerten Demokratisierungsprozess konzentrieren sich die Koalitionstruppen nach polnischer Lesart nunmehr auf den Stabilisierungseinsatz.⁸⁴ Diese wechselnde Begründungstaktik wirft folgende Fragen auf: Welche Interessen hat Warschau tatsächlich im Irak verfolgt? Warum hat Polen den Schulterchluss mit Washington gesucht? Inwieweit ist die polnische Rechnung aufgegangen? Vor der Beantwortung dieser Fragen ein Blick auf die Positionierung Warschaus in der Irak-Frage und Polens Engagement im Irak.

Positionierung Warschaus in der Irak-Frage

In seiner Stellungnahme im November 2002 bekräftigte das polnische Außenministerium die volle Unterstützung der UN-Resolution 1441, auf deren Grundlage der Wiedereinsatz der UN-Waffeninspektoren im Irak erfolgt ist.⁸⁵ Im Einklang mit der US-Führung vertrat Warschau die Ansicht, dass diese Resolution bei Nichtbefolgung einen Angriff auf den Irak rechtfertige. Polens damaliger Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz bekräftigte im Januar 2003, dass Warschau das amerikanische Vorgehen gegenüber Saddam Hussein auch dann unterstützen würde, wenn kein UN-Mandat vorläge.⁸⁶ Auch Präsident Kwaśniewski betonte, dass „die strategische Partnerschaft mit den USA einige Pflichten von uns verlangt“.⁸⁷ Durch die Unterzeichnung des „Brief der Acht“ stellte der damalige polnische Ministerpräsident Miller die Einheit mit den USA gegen-

⁸² Alexander Siedschlag, „Die Festigung der ESVP. Nationale Positionen von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Polen“, in *Reader Sicherheitspolitik* Nr. 9/2004, hier S. 58/59.

⁸³ Ryszard Zięba, „Poland and the ESDP“, in Hans-Georg Ehrhardt, (Hrsg.), *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Positionen, Perzeptionen, Probleme, Perspektiven* (Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2002), S. 100-112, hier S. 112.

⁸⁴ Jacek Zurowski, „Nasz cel finalny. Minister Cimoszewicz chyba zbyt szczerze powiedzia, po co jedziemy do Iraku (Unser Endziel. Minister Cimoszewicz sagt vermutlich zu ehrlich, warum wir in Irak gefahren sind)“, in *Polityka* vom 12. Juli 2003.

⁸⁵ Erhard Cziomer, „Reaktionen Polens auf die Irak-Politik der USA“, in August Pradetto (Hrsg.), *Internationale Reaktionen auf die Irak-Politik der USA* (Hamburg: Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr, 2003), S. 61-67, S. 63.

⁸⁶ Polska Agencja Prasowa vom 22. Januar 2003.

⁸⁷ a.a.O.

über Saddam Hussein über Mehrheitsentscheidungen des UN-Sicherheitsrats.⁸⁸ Pikanterweise gehörte Polen –neben den USA- zu den großen Militärausrüstern Saddam Husseins in den 1980er Jahren.⁸⁹ Auch wenn sich die polnische Bevölkerung mehrheitlich gegen ein militärisches Engagement Polens im Irak aussprach, war eine Nichtbeteiligung für die polnischen Entscheidungsträger von Anfang an keine Option.⁹⁰ Auf welche Weise hat sich Polen nun im Irak engagiert?

Polens Engagement im Irak

Polens militärisches Engagement im Irak hat eine Vorgeschichte: Bereits vor dem Golf-Krieg befreiten polnische Spezialeinheiten amerikanische Agenten im Irak. Während der Operation „Wüstensturm“ vertrat die polnische Botschaft die Interessen Amerikas im Irak.⁹¹ Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte entschied Polens Präsident Kwaśniewski im März 2003, dass Polen sich den Koalitions-Truppen anschließt. Die ca. 200 polnischen Soldaten, darunter ca. 60 Mann der Eliteeinheit GROM („Blitz“) waren für begrenzte Spezialaufgaben, insbesondere Logistik, zuständig.⁹² Nach dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen verwaltete Polen zusammen mit Spanien die irakische Stabilisierungszone Mitte-Süd. Von den unter polnischem Kommando stehenden etwa 9200 Soldaten stellte Polen mit ca. 2500 Mann das größte Kontingent. Finanziert wurde die polnische Truppe in erster Linie von den USA, die die Hälfte der Unterstützungsleistungen sowie nahezu alle Kosten für die Verlegung aufbrachten.⁹³ Trotz des Abzugs des spanischen Kontingents nach dem Regierungswechsel im März 2004 schloss Polens Außenminister Cimoszewicz einen Truppenrückzug aus: „Dies ginge zu Lasten der internationalen Sicherheit und des irakischen Volkes. Ein solcher Schritt wäre auch einmalig in der polnischen Geschichte: Wir haben noch niemals unsere Verbündeten im Stich gelassen – unter keinen Umständen“.⁹⁴

Bis Januar 2005 stellte Polen mit 2500 Mann das größte Kontingent der ca 8000 Mann starken multinationalen Division in der südlichen Zone, für die es die Verantwortung trägt.⁹⁵ Da das UN-Mandat gemäß SR-Resolution 1546 zur Verwaltung des Zentralabschnitts zum Jahreswechsel 2005/2006 ausläuft, plant Polen eine drastische Truppenreduzierung für diesen Zeitraum. Ende Februar 2005 zog Polen rund 800 Soldaten seines ursprünglich 2500 Mann umfassenden Kontingents ab. Verteidigungsminister Szmajdzinski kündigte eine weitere Verringerung des Truppenkontingents für den Sommer 2005 an. Auch der Einsatz selbst soll sich ändern. Statt der Sicherungsaufgaben durch Patrouillen, die immer wieder Opfer von Anschlägen werden, sollen polnische Streitkräfte zunehmend irakische Einheiten ausbilden.⁹⁶ Geplant ist Szmajdzinski zufolge „eine stufenweise Übergabe der Provinzen, für die die multinationale Division zuständig ist, an die Iraker [meine Übersetzung]“.⁹⁷ Zunächst würden die irakischen Sicherheitskräfte in der

⁸⁸ Europe and America Must Stand United, *Times Online*, 30. Januar 2003.

⁸⁹ Andreas Heinemann-Grüder, *Im Namen der NATO. Sicherheitspolitik und Streitkräftereform in Osteuropa* (Münster: agenda Verlag, 2003), hier S. 126.

⁹⁰ 60 % der Polen lehnten nach Umfragen vom Februar 2003 einen Irakkrieg ohne UN-Mandat ab und 63 Prozent sprachen sich gegen die Beteiligung polnischer Truppen aus, O.A., „Poles Split Over War“, in *The Warsaw Voice News*, vom 13. Februar 2003.

⁹¹ Janusz Onyszkiewicz, „Polen: Die neue Macht“, in *Prager Zeitung* vom 7. Januar 2004.

⁹² Maria Wągrowka, *Polish Participation in the Armed Intervention and Stabilization Mission in Iraq* (Warschau: Center for International Relations, 2004), S. 14.

⁹³ Ebd., S. 16.

⁹⁴ Interview mit dem ehemaligen polnischen Außenminister Cimoszewicz, <http://www.tagesthemen.org/aktuell/meldungen/0,1185,OID3265308_NAVSPM1_REF1,00.html> (Zugriff 11. Mai 2004).

⁹⁵ IAP-Dienst Sicherheitspolitik, Nr. 11 (November) 2004, S. 4.

⁹⁶ Verteidigungsminister Szmajdzinski in einem Interview mit der *Gazeta Wyborcza* vom 24. August 2004.

⁹⁷ In einem Interview mit der Rzeczpospolita vom 11. März 2005.

polnischen Zone die Verantwortung für die Provinz Wasit erhalten, aus der die ukrainischen Soldaten abgezogen werden, dann für Kadisja und schließlich für Babylon.⁹⁸ Ein vollständiger oder drastischer Rückzug polnischer Truppen ist Polens Präsidenten Kwaśniewski zufolge bis Ende 2005 vorgesehen.⁹⁹ Die damalige Entscheidung der polnischen Führung, sich militärisch im Irak zu engagieren, ist die umstrittenste in der Sicherheitspolitik der III. Republik Polen. Eingedenk dessen stellt sich die Frage, wie Polens Engagement im Irak zu erklären ist und welche Interessen dahinterstecken.

Interessen polnischer Irak-Politik

Eine notwendige, aber keinesfalls hinreichende Voraussetzung für die polnische Irak-Politik bildet der Atlantizismus. Dominiert wird diese vielmehr von den sicherheitspolitischen Praktiken des *Schulterschlusses mit Washington*, der *Nutzenmaximierung* sowie der *internationalen Statusaufwertung*. Entsprechend des sicherheitspolitischen Leitsatzes *Primat der transatlantischen Bindung* hat Polen in der Irak-Frage eine enge Anbindung an die USA verfolgt. Gilt doch eine starke US-Präsenz in Europa als polnische Versicherungspolice. Das Denkmuster *Sicherheitskonsument* spiegelte sich auch in den parlamentarischen Debatten über das Engagement Polens im Irak wider. Zentraler Bezugspunkt war hierbei das Argument, dass Polen seinen Pflichten als Verbündeter der USA nachkommen sollte, weil dies die Voraussetzung dafür sei, dass die USA ihrerseits Polen im Falle einer Bedrohung zur Hilfe eilen.¹⁰⁰ Somit ist das polnische Engagement in Irak vorrangig dem Ansinnen geschuldet, eine Beziehung reziproker Verpflichtung mit den USA zu etablieren.¹⁰¹ Polens Interesse an einem „Artikel 5 für zwei“ ist um so stärker, je mehr die traditionelle Verteidigungsfunktion der NATO im Zuge der Transformation der Allianz in den Hintergrund rückt. Voraussetzung für die Etablierung solch einer exklusiven Beziehung zu den USA ist allerdings die Anerkennung als besonderer Verbündeter der USA.

Neben dem Anliegen, sich als 'America's model ally'¹⁰² zu präsentieren, hat Polen mit seinem militärischen Engagement im Irak auch ökonomische Interessen verfolgt. Die sicherheitspolitische Praktik der *Nutzenmaximierung* umfasst vier Aspekte. Neben einer engeren wirtschaftlichen Kooperation mit den USA hat sich die polnische Führung Zugang zu Ölquellen versprochen und die bevorzugte Behandlung polnischer Unternehmen bei der Vergabe von Aufträgen für den Wiederaufbau. Darüber hinaus steht die Rückzahlung von Altschulden seitens der Regierung in Bagdad aus. Polens ehemaligem Verteidigungsminister Bronislaw Komorowski zufolge belaufen sich die irakischen Schulden auf 540 Millionen US Dollar.¹⁰³ Die seitens der polnischen Führung vertretene Begründung, ein Engagement im Irak würde Polen ökonomische Vor-

⁹⁸ „Polen zieht weitere Truppen ab“, in *Spiegel Online* vom 11. März 2005, <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,345827,00.html>> (Zugriff: 18. März 2005).

⁹⁹ Präsident Kwaśniewski bei einem Briefing des polnischen Verteidigungsministeriums über den Stand der polnischen Streitkräftereform am 11. März 2005, <http://www.mod.gov.pl/start.php?page=1000000001&obj_display_cat=11&obj_display_full=646&obj_to_display_type=21> (Zugriff: 20. März 2005).

¹⁰⁰ Olaf Osica, „Poland: A New European Atlanticist at a Crossroads?“, hier S. 319.

¹⁰¹ Marcin Zaborowski, *From America's protégé to constructive European. Polish security policy in the twenty-first century* (Paris: EU Institute for Security Studies, 2004), hier S. 12.

¹⁰² Diese Bezeichnung ist geprägt von David H. Dunn, „Poland: America's New Model Ally“, in Marcin Zaborowski, David H. Dunn (Hrsg.), *Poland – A New Power in Transatlantic Security* (London: Frank Cass Publishers, 2003), S. 63-86.

¹⁰³ Zit. nach Andreas Heinemann-Grüder, *Im Namen der NATO. Sicherheitspolitik und Streitkräftereform in Osteuropa* (Münster: agenda Verlag, 2003), hier S. 126.

teile bringen, zielte angesichts hoher Arbeitslosenzahlen und fiskalischer Engpässe sicherlich auch darauf ab, in der polischen Bevölkerung mehr Zustimmung zu schaffen.

Die polnische Irak-Politik ist schließlich von der sicherheitspolitischen Praktik einer *internationalen Statusaufwertung* dominiert. Entsprechend seines Selbstverständnisses als *Regionalmacht* sucht Polen Boden auf dem europäischen Parkett zu gewinnen: „Auf dem Umweg über Amerika und Irak glaubt Polen, gerade im harten Kern der EU langfristig Punkte zu sammeln“, erklärt Außenpolitik-Experte Adam Krzeminski.¹⁰⁴ In eine ähnliche Stoßrichtung zielt der ehemalige Verteidigungsminister Onyszkiewicz, demzufolge die westeuropäischen Kritiken an der polnischen Irak-Politik nicht nur Anlass zur Sorge geben, sondern auch die steigende Bedeutung Polens widerspiegeln: „Um die Haltung eines unbedeutenden Landes würde sich niemand so sehr kümmern“.¹⁰⁵ Entsprechend des Leitsatzes *Polens Stimme muss immer Gehör finden* zielt Warschau darauf ab, die deutsch-französische Vorherrschaft in der EU auszubalancieren, um einer etwaigen Mitgliedschaft Zweiter Klasse vorzubeugen – eine Sorge, die die polnische Führung auch wiederholt im Zusammenhang mit der *verstärkten Zusammenarbeit* im Rahmen der ESVP geäußert hat. Darüber hinaus bemüht sich Warschau, seine Stellung als *Regionalmacht* weiter auszubauen: Polen „kann die Rolle eines Sprechers Mitteleuropas in den USA spielen – und umgekehrt ein Mittler zwischen den USA und der Region sein“.¹⁰⁶ Das „continental balancing“¹⁰⁷ Warschaus betrifft nicht nur die west- und mitteleuropäischen Kräftekonstellationen. Vielmehr spiegelt die Praktik des *Schulterschlusses mit Washington* auch das Bemühen wider, die Stärke Amerikas als Absicherung gegenüber Russland zu nutzen.¹⁰⁸ Zugleich sieht sich Polen verpflichtet, den Kampf für Demokratie und Freiheit, insbesondere die Unabhängigkeitsbewegungen unterdrückter Völker zu unterstützen. Das demokratische Sendungsbewusstsein schlägt sich in den Äußerungen von Präsident Kwaśniewski und dem ehemaligen Außenminister Cimoszewicz nieder, wonach Polen aufgrund seiner Erfahrungen als kommunistischer Staat eine besondere Verantwortung habe, sich für die Verbreitung der Demokratie in anderen Regionen der Erde einzusetzen.¹⁰⁹ Ist die Rechnung Warschaus aufgegangen?

Bilanzierung polnischer Irak-Politik

Warschaus Kalkül, wonach der Schulterschluss mit Washington als Schrittmacher für eine verstärkte Kooperation dienen soll, steht eine wachsende Enttäuschung innerhalb der polnischen Elite gegenüber. Weder hat sich bei der amerikanischen Visumpflicht für polnische Staatsbürger eine Wende abgezeichnet, noch sind die versprochenen Offset-Investitionen im Zusammenhang mit dem Kauf amerikanischer F-16-Kampfflugzeuge im erhofften Ausmaß geflossen.¹¹⁰ Ange-

¹⁰⁴ In einem Interview mit dem MDR <<http://www.mdr.de/mdr-figaro/journal/750286.html>> (Zugriff: 17. August 2004).

¹⁰⁵ Zit. nach Cornelia Frank, „Polen im Irak. Warschaus Solidarität mit den USA“, in *Information für die Truppe* Nr. 3/2004, S. 32-35, hier S. 34.

¹⁰⁶ Janusz Onyszkiewicz, „Polen: Die neue Macht“, in *Prager Zeitung* vom 7. Januar 2004.

¹⁰⁷ Matthew Rhodes, „Central Europe and Iraq: Balance, Bandwagon, or Bridge?“, in *Orbis* 48:3 (Summer 2004), S. 423-436, hier S. 432.

¹⁰⁸ a.a.O.

¹⁰⁹ Interview mit dem polnischen Präsidenten Kwaśniewski im *Tagespiegel* vom 29. September 2002; Włodzimirz Cimoszewicz, „Irak to także nasza sprawa (Irak ist auch unsere Angelegenheit)“, in *Gazeta Wyborcza* vom 13. Mai 2004.

¹¹⁰ Marcin Gądzinski, „Zapomnieć o wizach (Visa sind vergessen)“, in *Gazeta Wyborcza* vom 10. August 2004; Judy Dempsey, „Polish President Appeals for a More 'Open and Gracious' US“, in *New York Times* vom 4. September 2004; Olaf Osica, „Między euforią a zwiątpieniem. Po Iraku, Brukseli i wizycie prezydenta RP w Ameryce: co dalej z polską polityką zagraniczną (Zwischen Euphorie und Zweifel. Nach Irak, Brüssel und dem Besuch des

sichts des ausbleibenden Fundes von Massenvernichtungswaffen fühlt sich die polnische Führung Präsident Kwaśniewski zufolge „in die Irre geführt“.¹¹¹ Darüber hinaus ist der polnische Stimmungsumschwung darauf zurückzuführen, dass im Zuge des Wiederaufbaus weitaus weniger Aufträge an polnische Unternehmen vergeben wurden als erwartet.¹¹² Eine fünfte Quelle des Unmuts bildet schließlich der Stabilisierungseinsatz als solcher, der sich angesichts der dramatisch verschlechterten Sicherheitslage und der steigenden (polnischen) Opferzahlen weitaus schwieriger gestaltet als gedacht.¹¹³ Vor diesem Hintergrund ist die zunehmende Kritik polnischer Entscheidungsträger an der amerikanischen Politik zu sehen.¹¹⁴ Auch innerhalb der Bevölkerung sinkt die Zustimmung zur polnischen Irak-Politik stetig. Sprachten sich im September 2003 immerhin 47 Prozent für eine Beteiligung Polens am Militäreinsatz im Irak aus, sind mittlerweile nur noch 20 Prozent dafür.¹¹⁵ Dahingegen stimmt zwar die überwiegende Mehrheit der Sejm-Abgeordneten noch immer mit der Regierung darin überein, dass ein sofortiger Abzug der polnischen Streitkräfte das Chaos im Irak vergrößern würde und zudem gegen internationale Verpflichtungen verstieße. Doch mehren sich die kritischen Stimmen auch innerhalb des Parteienspektrums.¹¹⁶ Demnach wird ungeachtet des Ausgangs der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Herbst 2005 am schrittweisen bzw. vollständigen Rückzug der polnischen Soldaten bis Anfang 2006 festgehalten werden.

Inwiefern Warschaus Kalkül aufgehen wird, durch den Schulterchluss mit Washington auf dem europäischen Parkett an Boden zu gewinnen, ist zu bezweifeln. Mitnichten wird die Bedeutung Polens in der amerikanischen Sicherheitskonzeption vorrangig anhand des Solidaritäts-Bonus ermittelt. Entscheidend wird aus amerikanischer Sicht vielmehr sein, ob Polen der ihm zugedachten Rolle als Regionalmacht gerecht wird. Maßstab hierfür sind in erster Linie handfeste militärische Kapazitäten, wie z.B. die an der *NATO Response Force* (NRF) orientierten Fähigkeiten. Denn trotz seiner Selbststilisierung als Sicherheitslieferant darf im polnischen Kapitol nicht vergessen werden, dass die militärischen Voraussetzungen dafür noch geschaffen werden müssen. Wäre doch der polnische Militäreinsatz am Golf ohne die finanzielle Unterstützung Amerikas undenkbar. So stellt sich die Frage, ob Polens Schlüssel zu mehr Gehör im Weißen Haus im bedingungslosen Pro-Amerikanismus liegt oder nicht doch in einem Europa, das mit einer Stimme spricht. Ebenfalls fraglich ist, ob Warschaus Schlüssel zu mehr Einfluss in der EU in Washington liegt. Inwiefern Polen seine beiden strategischen Ziele erreicht, sowohl ein verlässlicher Verbündeter der USA in Europa zu sein als auch ein einflussreiches EU-Mitglied zu werden, hängt davon ab, ob Polen die Transformation vom Sicherheitskonsumenten zum Sicherheitsproduzenten gelingt.

polnischen Präsidenten in Amerika: Wie geht es weiter mit der polnischen Außenpolitik?)” in *Tygodnik Powszechny* vom 8.2.2004.

¹¹¹ Zit. nach Rainer Koch, „Bush wirbt um zaudernde Partner in Irak“, in *Financial Times Deutschland* vom 22. März 2004.

¹¹² Die tatsächliche Beteiligung polnischer Unternehmen am Wiederaufbau und die seitens der Regierung in Aussicht gestellten ökonomischen Vorteile weisen dem polnischen Ökonom Witold Gadomski zufolge eklatante Diskrepanzen auf. Zit. nach Brian Whitmore, „Poland Looks to Rebuilding of Iraq for Financial Boost“, in *Boston Globe* vom 11. Juni 2003.

¹¹³ Zu den Problemen des Wiederaufbaus im Irak Jochen Hippler, Irak – Vom Krieg zum Bürgerkrieg?, in *Reader Sicherheitspolitik* Nr. 4/2005, < http://www.reader-sipo.de/artikel/0504_AIII1.pdf > (Zugriff: 20.5.2005).

¹¹⁴ Stellvertretend für viele das Interview mit dem ehemaligen Premierminister T. Mazowiecki in der *Gazeta Wyborcza* vom 8. Mai 2003.

¹¹⁵ O.A.: Polen: Mehrheit für Abzug eigener Truppen aus dem Irak, in *Der Standard* vom 4. Juni 2005.

¹¹⁶ Schärfste Kritiker sind die beiden am rechten Rand des Parteienspektrums angesiedelte Oppositionsparteien Samoobrona (Selbstverteidigung) und Liga der polnischen Familien (LPR). Seit einigen Monaten mehrt sich der Widerstand auch in den Reihen der Bauernpartei (PSL) sowie der Union der Arbeit (UP).

Polens Rollenprofil in der Transformation: Vom Sicherheitskonsumenten zum Sicherheitsproduzenten?

Die Position Polens im euro-atlantischen Sicherheitsfeld wird davon abhängen, inwieweit es sein sicherheitspolitisches Rollenprofil transformieren kann. Das betrifft die historisch bedingten, soziokulturell vermittelten Denkmuster ebenso wie die daraus resultierenden sicherheitspolitischen Leitsätze und Praktiken. Auf das Dreischritt-Verfahren einer verstehenden Sicherheitspolitik zurückgreifend, ist der Fokus zunächst auf die Ebene der *Denkmuster* gerichtet. Den Idealtypus des Sicherheitskonsumenten jenem des Sicherheitsproduzenten gegenüberstellend, unterscheiden sich beide in ihrem *Sicherheitsverständnis*.¹¹⁷ Während Sicherheit aus der Sicht des Konsumenten etwas zum Nehmen ist, dominiert beim Produzenten die sicherheitsschaffende Komponente. Auf der Ebene der *Leitsätze* ist der *Handlungswille* die Leitdifferenz, anhand derer sich ein idealtypischer Sicherheitskonsument vom Sicherheitsproduzenten unterscheidet. Die *Handlungsfähigkeit* ist schließlich das entscheidende Kriterium auf der Ebene der sicherheitspolitischen *Praktiken*. Erschwert wird die ohnehin schon anspruchsvolle Transformation Polens vom Sicherheitskonsumenten zum Sicherheitsproduzenten dadurch, dass Westeuropa und die USA teilweise unterschiedliche Anforderungen an einen Sicherheitsproduzenten stellen. Begründet liegt dies in partiell divergierenden sicherheitspolitischen Denkmuster, Leitsätzen und Praktiken.

(In)Kompatibilität sicherheitspolitischer Denkmuster

Die Kriterien Handlungswille und Handlungsfähigkeit noch keine Auskunft darüber, was genau produziert werden soll. Entscheidend hierfür ist, welches Verständnis von Sicherheit ein Akteur hat, wie er diese zu gewährleisten gedenkt und welche Normen er dabei als handlungskonstitutiv erachtet. Den internationalen Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen führen die polnische Sicherheitsstrategie, die Europäische Sicherheitsstrategie und die Nationale Sicherheitsstrategie der USA gleichermaßen als maßgebliche Sicherheitsbedrohungen an. Doch besteht weitaus weniger Einigkeit in der Frage nach einem adäquaten Umgang mit eben diesen Herausforderungen, wie etwa die Diskussion über die „preemptive strikes“¹¹⁸ gezeigt hat. Abermals deutlich wird an dieser Stelle, dass es essentiell ist, die Sinnwelt sicherheitspolitischer Akteure zu kennen, um ihr Handeln zu »verstehen«. Die polnische, westeuropäische und amerikanische Sicht auf die internationale Politik vergleichend, zeigt sich eine große Übereinstimmung zwischen Warschau und Washington: „The Poles and Americans have similar attitudes towards security and foreign policy in general, which is a consequence of our particular historical experiences“.¹¹⁹ Wie nicht zuletzt der Praxisfall Irak gezeigt hat, ist die polnische und die amerikanische Elite von einer skeptischen Haltung gegenüber dem Multilateralismus geprägt.¹²⁰ Vorherrschend ist vielmehr die Überzeugung, dass ein adäquater Umgang mit Sicherheitsbedrohungen ein entschlossenes, mitunter unilaterales Vorgehen erfordert. Dementsprechend wird der Einsatz militärischer

¹¹⁷ Zur idealtypischen Begriffsbildung als methodologische Grundlage Max Weber, „Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“, hier S. 190ff.

¹¹⁸ Stellvertretend für viele Karl-Heinz Kamp, „Preemptive Strikes. Eine neue sicherheitspolitische Realität“, in *Internationale Politik* (Juni 2004), S. 42-47.

¹¹⁹ Interview mit dem ehemaligen amerikanischen Botschafter, Christopher Hill, in der *Gazeta Wyborcza* vom 22. Dezember 2002, zit. nach Marcin Zaborowski, *Between Power and Weakness: Poland – A New Actor in the Transatlantic Security* (Warschau: Center for International Relations, 2003), hier S. 4.

¹²⁰ Die skeptische Haltung der polnischen Elite gegenüber multilateralen Sicherheitsinstitutionen und dem Primat des Völkerrechts zeigte sich auch während des Kosovo-Konflikts.

Gewalt – gegebenenfalls unter Missachtung des Völkerrechts – im polnischen und amerikanischen Kapitol weniger kritisch betrachtet als in Westeuropa.¹²¹ „Poland, due to geography and history, believe in a Hobbesian world, rather than a Kantian paradise“.¹²² Aufgrund ihres ähnlichen Weltbildes weisen die Denkmuster der sicherheitspolitischen Elite Polens und Amerikas eine vergleichsweise große Übereinstimmung auf.

Ihrer partiell divergierenden Sichtweisen von internationaler Politik ungeachtet, erwarten sowohl die westeuropäischen Verbündeten als auch die USA, dass Polen die notwendigen Maßnahmen ergreift, um sich auf der Ebene der Leitsätze und der Praktiken vom Sicherheitskonsumenten zum Sicherheitsproduzenten zu transformieren. Bezogen auf das Kriterium des Handlungswillens und der Handlungsfähigkeit heißt dies, dass Polen „must have a full range of military and non-military tools to carry out a variety of crisis management tasks“¹²³.

Streitkräftereform Polens auf dem Prüfstand

Dem seitens der NATO und der EU formulierten sicherheitspolitischen Anforderungsprofil hat sich Polen nur sehr langsam angenähert. In den ersten acht Jahren nach dem Regimewechsel konzentrierte sich der Umbau der Streitkräfte vorrangig auf die Truppenreduzierung, die Verlagerung von Truppen von der West- an die Ostgrenze und die umfangreiche Schließung militärischer Einrichtungen.¹²⁴ Grundlegende Reformen mit einer längerfristigen Zielsetzung wurden zunächst nicht durchgeführt, der Militärhaushalt deckte lediglich die elementarsten Grundlagen, die Hälfte der Bewaffnung und des Materials waren nicht einsatzfähig.¹²⁵ Trotz des Truppenabbaus von über 400.000 auf 230.000 Mann im Jahre 1999 ähnelten die polnischen Streitkräfte beim Beitritt Polens zur NATO noch stark dem Modell des Warschauer Paktes, d.h. der Vorbereitung auf einen umfassenden Frontalangriff.¹²⁶ Die Luftwaffe verfügt nicht über eine NATO-kompatible Infrastruktur und adäquates Pilotentraining. Auch die Militärhäfen erfordern eine grundlegende Modernisierung, damit die polnische Marine sich den NATO-Standards anpassen kann. Darüber hinaus weisen die soldatische Moral, die Lebensbedingungen in den Streitkräften, die innere Führung sowie die Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze enorme Mängel auf.¹²⁷ Vor diesem Hintergrund sieht der NATO-Integrationsplan sechs Prioritäten vor: Ausbildung in der NATO-Doktrin, Reorganisation der Kommando-, Kontroll- und Kommunikationssysteme, Integration der Luftverteidigung, Ausbau der Aufnahmefähigkeit für NATO-Streitkräfte („Host Nation Support“) und der Logistik sowie eine Modernisierung der Waffensysteme. Elementare Voraussetzung für die Integration ins Bündnis war allerdings erst einmal der Erwerb englischer Sprachkenntnisse unter polnischen Offizieren.¹²⁸

¹²¹ Eine vergleichende Analyse der britischen, französischen, deutschen und polnischen Einstellung zum Einsatz militärischer Gewalt liefert Adrian Hyde-Price, „European Security, Strategic Culture, and the Use of Force“, in *European Security* 13:4 (Winter 2004), S. 323-343.

¹²² Olaf Osica, „Poland: A New European Atlanticist at a Crossroads?“, hier S. 310.

¹²³ Kerry Longhurst, „From Security Consumer to Security Provider – Poland and the Transatlantic Security in the Twenty-First Century“, in Marcin Zaborowski, David H. Dunn (Hrsg.), *Poland – A New Power in Transatlantic Security*, S. 50-62, hier S. 52.

¹²⁴ Einen guten Überblick liefern Christoph Humrich, August Pradetto, „Poland“, in Hans J. Gießmann, Gustav E. Gustenau (eds.), *Security Handbook 2001* (Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2001), S. 313-343.

¹²⁵ Andreas Heinemann-Grüder, *Im Namen der NATO. Sicherheitspolitik und Streitkräftereform in Osteuropa*, hier S. 138.

¹²⁶ Zur Ausgangslage der Streitkräfte und ihrer Reformen in den 90er Jahren Boleslaw Balcerowicz, „Armed Forces in Polish Defense Policy“, in Roman Kuźniar (Hrsg.), *Poland's Security Policy 1989-2000*, S. 439-465.

¹²⁷ Andreas Heinemann-Grüder, *Im Namen der NATO. Sicherheitspolitik und Streitkräftereform in Osteuropa*, hier S. 139.

¹²⁸ Stanislaw Koziej, „Polish Strategy and Defense Policy in the Context of NATO Membership“, in *Polish Quarterly of International Affairs* 1 (1999), S. 81-93, hier S. 89.

Seit der NATO-Mitgliedschaft ist den polnischen Streitkräften folgendes Aufgabenspektrum zugeordnet: autonome Bewältigung lokaler militärischer Bedrohungen niedriger Intensität, gemeinsame Verteidigung mit der NATO im Falle einer Aggression, Teilnahme an der Verteidigung anderer NATO-Länder, Teilnahme an friedenserhaltenden oder friedensschaffenden Maßnahmen außerhalb Polens und Einsatz bei Naturkatastrophen.¹²⁹ Den Anforderungen der Allianz zufolge soll Polen basierend auf operativen und territorialen Verteidigungseinheiten in allen Teilstreitkräften sein eigenes nationales Verteidigungssystem sowie NATO-fähige Schnelle Reaktionskräfte aufbauen und in der Lage sein, alliierte Truppenverstärkungen aufzunehmen.¹³⁰

Reformgrundlage bildet das *Programm für den Umbau und die technische Modernisierung der Streitkräfte der Republik Polen in den Jahren 2001-2006*.¹³¹ Seine Prioritäten sind die weitere Reduzierung der Planstellen auf 150.000 Mann¹³², davon ca 55 Prozent für Berufssoldaten, die Anpassung der Streitkräfte- und Kommandostruktur sowie der Einsatzbereitschaftsstufen der Truppen an die sich verändernden, neuen Aufgaben der NATO, die Erreichung von NATO-Standards für ein Drittel der polnischen Streitkräfte bis zum Jahr 2006. Außerdem zielt der so genannte „Fünfjahresplan“ darauf ab, das Führungssystem durch verstärkte Investition in die neuesten technischen Anlagen weiter zu modernisieren sowie den militärischen Ausbildungsprozess konsequent zu verbessern und dem NATO-Standard anzupassen.¹³³ Zudem sieht das Reformprogramm die Festlegung der minimalen Höhe des Verteidigungshaushaltes auf 1,95 Prozent des BSP vor.¹³⁴ Lagen die Verteidigungsausgaben 1997 noch bei 3,0 Milliarden US Dollar, sind sie auf 4,2 Milliarden US Dollar im Jahre 2004 gestiegen.¹³⁵ Oberste Priorität wird der technischen Modernisierung der Streitkräfte beigemessen. Dies schlägt sich auch in steigenden Investitionsausgaben nieder. Machten diese 2001 nur knapp 9,5 Prozent der Verteidigungsausgaben aus, schlagen diese nunmehr mit knapp 21 Prozent zu Buche.¹³⁶ Die Investitionsausgaben konzentrieren sich auf die Integration der Kommando-, Kontroll- und Kommunikationssysteme mit der NATO sowie auf Unterstützungs- und Logistikaufgaben.¹³⁷ Die finanzielle umfangreichste Anschaffung betrifft den Ersatz der Kampfflugzeuge Su-22, MiG-21, Mig-23 und MiG-29 sowjetischer Bauart mit 48 F-16 Kampfflugzeugen im Wert von 3,5 Milliarden US Dollar bis 2008.

Durch die Ablehnung der europäischen Angebote, entweder das britisch-schwedische Kampfflugzeug Gripen oder die französische Mirage zu erwerben, hat Warschau von französischer Seite Kritik auf sich gezogen: Die Entscheidung für die amerikanische F-16-Falcon sei von

¹²⁹ Ryszard Warszewski, zit. nach Andreas Heinemann-Grüder, *Im Namen der NATO. Sicherheitspolitik und Streitkräfte-reform in Osteuropa*, hier S. 141.

¹³⁰ *Struktur und Potenzial der polnischen Teilstreitkräfte*, <<http://www.mon.gov.pl/start.php?page=1000000001>>.

¹³¹ *The Programme of Restructuring and Technical Modernisation of the Armed Forces of the Republic of Poland for 2001-2006*, <<http://www.wp.mil.pl/>>; zu den Umsetzungsproblemen der Streitkräfte-reform Rafal Domisiewicz, „Modernisation of the Armed Forces in Polish Foreign Policy“, in Polska Fundacja Spraw Międzynarodowych (Hrsg.), *Yearbook of Polish Foreign Policy 2002* (Warschau: Polska Fundacja Spraw Międzynarodowych, 2002) <<http://www.sprawymiedzynarodowe.pl/yearbook/2002/domisiewicz.html>> (Zugriff: 27. November 2002).

¹³² Die Friedensstärke der Streitkräfte beträgt 118.000 Mann Bodentruppen, 37.800 Mann bei der Luftwaffe, 12.600 bei der Marine, 9.000 im Ausbildungswesen und 1.800 in zentralen Institutionen, darunter dem Verteidigungsministerium.

¹³³ Pawel Seydak, „Die Streitkräfte Polens heute“, *Europäische Sicherheit* 4 (2003), S. 65-69, hier S. 67.

¹³⁴ Ein entsprechendes Gesetz hat der Sejm im Juni 2001 erlassen. Zum Verteidigungsbudget im Detail, <http://www.wp.mil.pl/auths/268/files/4209ea3c0c45e_budzet_ang2005.ppt> (Zugriff 12.5.2005).

¹³⁵ Burkard Schmitt, *EU enlargement and armaments. Defence industries and markets of the Visegrad countries* (Paris: EU-Institut für Sicherheitsstudien, 2004), hier S. 33.

¹³⁶ Basic Information on the MoND Budget for 2005, <http://www.wp.mil.pl/auths/268/files/4209ea3c0c45e_budzet_ang2005.ppt>, hier S. 17 (Zugriff 12. Mai 2005).

¹³⁷ Ebd., S. 8.

politischem Kalkül gewesen.¹³⁸ Wenngleich sich eine politische Motivation für die Kaufentscheidung schwerlich nachweisen lässt, und diese offiziell mit dem Verweis auf technische und ökonomische Parameter begründet wurde, folgte Warschau auch bei dieser sicherheitspolitischen Entscheidung seiner atlantischen Ausrichtung. Abzuwarten bleibt indes, wie sich die polnische Regierung in europäisch-amerikanischen Problemkonstellationen künftig positionieren wird.

Polen als EU-Mitglied – vom europäischen Atlantiker zum europäisierten Europäer?

Hinsichtlich der künftigen Rolle Polens als EU-Mitglied sind zwei Entwicklungsszenarien denkbar. Idealtypisch zugespitzt, steht eine noch stärker pro-amerikanischen Profilierung Polens der sukzessiven „Europäisierung“ des Newcomer im euro-atlantischen Sicherheitsfeld gegenüber.¹³⁹ Auf lange Sicht gesehen, könnte die institutionelle Kultur der EU eine Sozialisierung des atlantischen Europäers in Richtung europäisierter Europäer begünstigen.¹⁴⁰ In jüngster Zeit sahen sich allerdings die Vertreter der Amerikanisierungsthese durch die polnische Irak-Politik bestätigt. Sollte sich jedoch die EU-Mitgliedschaft Polens als politischer und ökonomischer Erfolg erweisen und sich die EU zum glaubwürdigen sicherheitspolitischen Akteur entwickeln, so könnte Warschaws Überzeugung, dass eine starke US-Präsenz in Europa als polnische Versicherungspolice gilt, durchaus in ihrer Bedeutung relativiert werden und damit der Antriebsmotor einer strikt atlantischen Ausrichtung polnischer Sicherheitskraft an Zugkraft verlieren. Entscheidend ist hierbei allerdings, wie die Notwendigkeit eines sicherheitspolitisch stärkeren Europas begründet wird: „Manche Begründungsversuche rufen in Polen einen reflexartigen Widerstand hervor. Wenn die europäische Sicherheitspolitik mit einer Distanz zu Amerika begründet wird, dann hat dafür in Polen keiner Verständnis. Man muss den Polen klarmachen, dass die ESVP kein Versuch von emanzipationsbesessenen Europäern ist, die NATO kaputt zu machen und den Amerikanern 'Nein' zu sagen.“¹⁴¹ Demnach bedarf die „Europäisierung“ Polens zuvörderst einer verbesserten politischen Kommunikation zwischen dem „alten“ und dem „neuen“ Europa. Unerlässlich ist hierfür die Kenntnis der jeweiligen Sinnwelt, die durch die jeweils vorherrschenden sicherheitspolitischen Denkmuster und Leitsätze bestimmt wird. Erfasst werden können diese und damit auch die Sinnwelt der jeweiligen sicherheitspolitischen Elite mit Hilfe der verstehenden Sicherheitspolitik.

Neben dem politisch-praktischen Mehrwert hat das Konzept verstehende Sicherheitspolitik auch einen wissenschaftlich-forschungsrelevanten Mehrwert. Bislang richtete die sicherheitspolitische Forschung ihren Fokus entweder auf die Transformation von Sicherheitsinstitutionen, den Wandel staatlicher Sicherheitspolitik oder den innerstaatlichen Transformationsprozess. Vergleichsweise mager fällt jedoch der Befund mit Blick auf die Wechselwirkungen innerstaatlichem und sicherheitsinstitutionellem Wandel aus, die Modifikationen staatlicher Sicherheitspolitik be-

¹³⁸ Thomas Urban, „Polen gibt US-Jägern den Vorzug“, *Süddeutsche Zeitung* vom 28./29. Dezember 2002.

¹³⁹ Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieser beiden Entwicklungsszenarien diskutiert Kai-Olaf Lang, *Amerikas bester Freund? Polens atlantizistisch-europäischer Kurs* (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003), hier S. 7/8.

¹⁴⁰ Zum Einfluss von Sicherheitsinstitutionen auf Staatliches Verhalten, insbesondere Sozialisierungseffekten Ronald H. Linden, *Norms and Nannies. The Impact of International Organizations on the Central and East European States* (Lanham: Rowman & Littlefield Publishing Group, 2002); Frank Schimmelfenning, „International Socialization in the New Europe: Rational Action in an Institutional Environment“, in *European Journal of International Relations* 6:1 (Spring 2000), S. 109-139; Liliana Botcheva, Lisa Martin, „Institutional Effects on State Behavior: Convergence and Divergence, in *International Studies Quarterly* 45:1 (Spring 2001), S. 1-26.

¹⁴¹ Janusz Reiter, Botschafter a.D. und Präsident des Zentrums für Internationale Beziehungen, in einem Interview mit *Y.-Magazin der Bundeswehr* 1/2004, S. 13.

wirken können. Somit lassen sich konzeptuell bereichernde Aspekte und pragmatische Aspekte in dem Konzept verstehende Sicherheitspolitik verbinden.

DIAS ANALYSIS

- 1 Rainer Winkler
Die Irak-Krise im Bundestagswahlkampf 2002 August 2003
- 2 Rouven Klein
Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP): Finalität europäischer Integration und Projekt dauerhaften Friedens. Eine Konzeption auf der Grundlage der Zivilisierungstheorie von Dieter Senghaas Oktober 2003
- 3 Michaela C. Hertkorn
Warum die deutsch-amerikanischen Beziehungen von zentraler Bedeutung für das atlantische Bündnis sind: Deutschlands theoretische Rolle in der Mitte Europas November 2003
- 4 Heiko Borchert
Linking Corporate Governance with Good Governance: An Increasingly Important Foreign Policy Task Dezember 2003
- 5 Heiko Borchert und Daniel Maurer
Baukasten, Ablösung oder Neubeginn? Fünf Szenarien zur Zukunft der NATO Januar 2004
- 6 Marc Houben
Operations in Iraq. The New Face of International Crisis Management Juli 2004
- 7 Michaela C. Hertkorn
Why German-US Relations Still Matter to the Transatlantic Alliance: One Year after the War in Iraq August 2004
- 8 Dimitrios Argirakos
Die Bush-Doktrin November 2004
- 9 Babak Khaltabari and Marc Lauterfeld
Under Full Sail in a Millenium of Migration? Enlargement in the East and "Push and Pull" Factors in the South November 2004
- 10 Babak Khaltabari und Marc Lauterfeld
Ein libysches Märchen aus 1001 Nacht. Wie sich ein "tollwütiger Hund" in einen "salonfähigen Papiertieger" verwandelte November 2004
- 11 Dustin Dehéz und Babak Khalatbari
Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft Februar 2005
- 12 Marwan Abou-Taam
Psychologie des Terrors – Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft Februar 2005
- 13 Roman Schmidt-Radefeldt
Die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im EU-Verfassungsvertrag: Auf dem Weg zu einer europäischen Armee April 2005
- 14 Henrike Paepcke
Another UN Secretary-General soon decapitated? Mai 2005
- 15 Babak Khaltabari
Der Nahe Osten, Nordafrika und die Europäische Union. Mögliche Entwicklungsszenarien und ihre Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft Juni 2005
- 16 Dustin Dehéz
Ein neuer Krieg am Horn von Afrika? Die vergessene Friedensmission an der Grenze zwischen Eritrea und Äthiopien September 2005

DIAS ANALYSIS stehen über www.dias-online.org/analyse.shtml zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Sicherheitskonferenz sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2005, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, Universitätsstrasse 1, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org